

Erschienen in: Kloss, Heinz (Hrsg.): Deutsch in der Begegnung mit anderen Sprachen: im Fremdsprachen-Wettbewerb, als Muttersprache in Übersee, als Bildungsbarriere für Gastarbeiter. Beiträge zur Soziologie der Sprachen. - Tübingen: Narr, 1974. S. 139-204.
(Forschungsberichte des Instituts für deutsche Sprache 20)

Inken Keim

**Sozial- und Bildungsprobleme der Gastarbeiter
in der Bundesrepublik.**

Abgeschlossen März 1973

I n h a l t

	Seite
0. VORWORT.	141
1. SOZIO-ÖKONOMISCHE ZUSAMMENHÄNGE	147
1.1 Ursachen der Beschäftigung von Gastarbeitern in der BRD.	147
1.2 Rückwirkungen auf die Entwicklungspolitik der Industrieländer.	149
2. SITUATION DER GASTARBEITER IN DER BRD.	152
2.1 Rechtsstellung der ausländischen Arbeitnehmer	152
2.2 Berufssituation.	156
2.3 Familien- und Wohnverhältnisse.	159
2.4 Krankheit, Unfall.	163
2.5 Kriminalität	164
3. AUSBILDUNGS- UND SPRACHPROBLEMATIK.	166
3.1 Erwachsene.	166
3.2 Rückgliederungsprogramm für türkische Gastarbeiter.	169
3.3 Kinder und Jugendliche.	172
4. INSTITUTIONEN, DIE SICH MIT SCHUL- UND AUSBILDUNGSPROBLEMEN DER GASTARBEITER IN DER BRD BESCHÄFTIGEN.	185
Anmerkungen	190
Literaturverzeichnis	202
Nachwort des Herausgebers	203

0. VORWORT:

Die vorgelegte Materialiensammlung zur Lage der Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) sollte ursprünglich als einleitendes Informationsmaterial einer die Sprachproblematik der Gastarbeiter behandelnden Arbeit dienen. Aufgrund verschiedener Umstände wird sie in etwas ausgeweiteter Form mit Auffüllung vieler Fakten jetzt als eigener Bericht erscheinen; doch beansprucht sie auch jetzt, nichts als Informationsmaterial zu vermitteln. Ein umfassender, kritischer Bericht über die gesamte Literatur zur Situation und Problematik der Gastarbeiter hätte eine große Reihe sozialwissenschaftlicher und politökonomischer Untersuchungen einbeziehen müssen, in denen das Schwergewicht auf dem Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsnationen ruht, in deren Rahmen dann aber auch die Gastarbeiterfragen behandelt werden.¹⁾

Erschwerend kommt hinzu, daß die gesichtete Literatur speziell zum Gastarbeiterproblem in der BRD großteils keineswegs wissenschaftlichem Anspruch genügt, sondern "Eindrücke, Fakten, Bilder, Meinungen" u.a. in journalistisch pauschaler und sozial-engagierter Darstellung wiedergeben will.

Besonders zu bedauern ist, daß es keine spezielle umfassende Studie zu sozioökonomischen Problemen der Gastarbeiter in der BRD gibt.

Im folgenden seien die wichtigsten Veröffentlichungen zum Gastarbeiterproblem der BRD genannt und ganz kurz charakterisiert.

Bingemer/Meistermann - Seeger/Neubert legten 1972 in zweiter Auflage ihre empirische Arbeit über geglückte oder mißglückte Integration von Gastarbeitern vor, die im Auftrag der Stadt Köln unternommen wurde: "Leben als Gastarbeiter". Das Buch will "Modellstudie" sein und muß an diesem An-

spruch gemessen werden. Aufgrund zweier empirischer Befragungen, z.T. nach Methoden der Psychoanalyse, von Gastarbeitern der Stadt Köln und Umgebung und der Bearbeitung von verschiedenem Fremdmaterial (statistische Nachweise und Tabellen der Behörden, Presse, Rundfunk/Fernsehen und Verlagspublikationen) versuchen die Autoren ein Psycho- und Soziogramm von vier Gastarbeiter-Nationen, Griechen, Italienern, Spanien und Türken zu geben im Hinblick auf notwendige Bedingungen zur Integration der Gastarbeiter in der BRD. Das Buch lieferte eine umfangreiche Materialsammlung, die einen Großteil der Problembereiche in der Produktions- und Sozial-sphäre der Gastarbeiter in der BRD abdeckt. Durchaus positiv zu werten ist die Untersuchung nach Nationalitäten und im Zusammenhang damit der Einbezug des unterschiedlichen historisch-kulturellen Hintergrunds, der verschieden gelagerte Ursachenkomplexe für die einzelnen Problembereiche der Gastarbeitergruppen in der BRD zur Folge hat. Bei diesem Verfahren stellt sich als methodisches Problem die Bezugsetzung der historisch-kulturellen zur psychisch-sozialen Analyse. Und dieses Problem scheint mir von den Autoren unzureichend gelöst. Die wenig differenzierte Deskription und Interpretation des historisch-kulturellen Hintergrunds einzelner Gastarbeiter-Nationen wird, ohne Problematisierung des unterschiedlichen theoretischen und methodologischen Vorgehens der einzelnen Disziplinen, direkt mit den psycho-sozialen Analyseergebnissen in Zusammenhang gebracht und die jeweiligen Ergebnis-Interpretationen aufeinander abgebildet. Da außerdem die Autoren ihrer psycho-sozialen Untersuchung keine sozioökonomische Analyse vor- oder beigeschaltet haben und sozioökonomische Faktoren nur punktuell in Einzeluntersuchungen angesprochen werden, fehlt der Gesamtkonzeption der Arbeit die zugrundeliegende Basis. Denn bei einem Problem, dessen primäre Ursache sozioökonomische Veränderungen und Neukonstellationen sind, erscheint mir eine psychosoziale Untersuchung nur Symptome zu erfassen, deren Interpretation ohne Analyse der Ursachen schwer zu recht-

fertigen sein dürfte. Doch trotz methodischer und konzeptioneller Mängel erschien mir die Binger/Meistermann - Seeger/Neubert-Studie unter der mir bekannten Literatur am zuverlässigsten als Quelle meiner Materialiensammlung.

Die Herausgeber des Bandes "Gastarbeiter = Mitbürger" (1971), R. Leudesdorff und H. Zilleßen, haben sich den Abbau gängiger Vorurteile über Gastarbeiter und die völlige Gleichstellung von Gastarbeitern und Bundesbürgern zum Ziel gemacht. Das Buch, als Handbuch gedacht, einfach und überschaubar, will Informationen zur volkswirtschaftlichen, soziologischen, ethnischen und politischen Dimension des Gastarbeiter-Problems geben und hat als Zielgruppe fachlich nicht vorgebildete "Lehrer, Gruppenleiter in der Erwachsenenbildung, Pfarrer, Schüler und Studenten..., in jedem Fall nicht bloße Konsumenten, sondern Engagierte, die auf verändertes Denken und Handeln aus sind und dafür Material benötigen."²⁾ Anspruch auf wissenschaftliches Durchdringen von Einzelfragen wird nicht erhoben, Im Rahmen des gegebenen Anspruchs und Ziels erscheint mir die Aufsatzsammlung durchaus gelungen, wenn auch das soziale Engagement einzelner Verfasser öfters zu pauschalen Urteilen und zu wissenschaftlich problematischen Verknüpfungen einzelner Themenbereiche führt.³⁾ Neben ausreichendem Material geben die Verfasser gute Anregung zur Weiterbeschäftigung mit den angesprochenen Problemen.

Von viel sozialpolitischem Engagement in teilweise polemischer Diktion zeugt die Aufsatz- und Berichtsammlung, herausgegeben von E. Klee: "Gastarbeiter. Analysen und Berichte", Frankfurt/Main, 1972. In sechs, zum Teil guten Aufsätzen, werden verschiedene Bereiche der Gastarbeiter-Problematik behandelt, die durch den anschließenden Bericht- und Dokumentarteil, z.T. von Gastarbeitern selbst verfaßt - eindrucksvolle Beispiele zur Notlage der Gastarbeiter in der BRD - ergänzt werden. Die Aufsätze geben gute Materialien zu den einzelnen Themen (z.B. Rechtsstellung der Gastarbeiter in

der BRD, Gastarbeiterkinder in der deutschen Schule, u.a.) und entwickeln Vorschläge zur Verbesserung der aufgezeigten Notlage. Da kein Vorwort Anspruch und Ziel der Aufsatzsammlung darlegt, kann sie nur nach dem subjektiven Eindruck beurteilt werden; neben guten Informationen und kritischer Darstellung von Teilbereichen führen jedoch Engagement und Verbesserungswille öfters zu pauschaler und vergrößerter Darstellung von komplexen Problemzusammenhängen.⁴⁾

Gute Einzelanalysen zum sozioökonomischen Status der Gastarbeiter in der BRD und der industriellen Interessen in der BRD in Verbindung mit der Gastarbeiterbeschäftigung liefern die Aufsätze in: "DAS ARGUMENT 68. Ausländerbeschäftigung und Imperialismus.", Dezember 1971, wenn auch die marxistische Interpretation in einzelnen Beiträgen teilweise überstrapaziert erscheint. Zu bedauern bleibt, daß nur Einzelaspekte angesprochen werden, während hier eine theoretische Konzeption entwickelt wird, von der aus eine umfassende sozioökonomische Analyse interessant zu werden verspräche.

Weiterhin vorzustellen ist die Studie von R. Koch: "Gastarbeiterkinder in deutschen Schulen.", Königswinter 1970, das erste sehr detaillierte Buch über diesen Problembereich. Es will vorwiegend Bestandsaufnahme sein. Nach ausführlichen Berichten - z.B. über schulische Herkunft der Gastarbeiterkinder; Aktivitäten der Landesregierungen der BRD, des Städtetags und der Kultusministerkonferenz zur schulischen Betreuung der Gastarbeiterkinder; Gutachten und Empfehlungen des Europa-Rates; schulorganisatorische und pädagogische Schwierigkeiten der sog. Übergangsklassen u.a. - zieht Koch in seinem letzten Kapitel seinerseits "Das pädagogische Fazit": d.h. die Forderung nach Schaffung der Möglichkeiten zur vollen Chancengleichheit der Gastarbeiterkinder im deutschen Ausbildungssystem. Die Studie erhebt weder soziologisch-theoretischen noch pädagogisch-theoretischen Anspruch; sie will Bericht sein und entwickelt aus allgemein-humanen Vorstellungen heraus Vorschläge zur Verbesserung

der gegenwärtigen Schul- und Ausbildungssituation der Gastarbeiterkinder.

Als Grundlage für die vorgelegte Materialiensammlung unbrauchbar erwies sich das Buch von W. Fietkau: "Sogenannte Gastarbeiter. Report und Kritik", Wuppertal 1972, da zu pauschal, zu emotional, zu karitativ-engagiert und im Inhalt nicht über die obengenannten Titel hinausgehend.

P. Schönbachs Abhandlung "Sprache und Attitüden. Über den Einfluß der Bezeichnungen Fremdarbeiter und Gastarbeiter auf Einstellungen gegenüber ausländischen Arbeitern.", Stuttgart 1970, ist ein "sozialpsychologischer Versuch, etwas über das Verhältnis von Sprache und kognitiven Prozessen auszumachen",⁵⁾ und berührt den von mir gewählten Problemzusammenhang nur ganz am Rande. Außerdem würde die Diskussion des theoretischen Ansatzes Schönbachs, die Übernahme der Whorfschen Hypothese, den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Die von mir vorgelegte Materialiensammlung faßt, das Informationsmaterial der angeführten Literatur reproduzierend, die Situation der Gastarbeiter in der BRD in verschiedenen Problembereichen zusammen: Einleitend wird versucht, die Ursachen der Gastarbeiterbeschäftigung in der BRD im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik der Industrieländer einerseits, und die Entwicklungspolitik der Industrieländer mit ihren Auswirkungen auf die Entwicklungsländer andererseits kurz zu skizzieren, um für die folgenden Kapitel die Dimension der verschiedenen Probleme zu bemessen. Das 2. Kapitel schildert die Lage der Gastarbeiter in der BRD allgemein, in Kapitel 3 wird die Ausbildungs- und Sprachsituation der Gastarbeiter und ihrer Kinder behandelt und Kapitel 4 gibt Informationen zu den wichtigsten Institutionen, die sich mit Schul- und Ausbildungsproblemen der Gastarbeiter in der BRD beschäftigen. Die Arbeit hat zum Ziel, Einsicht zu vermitteln in die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit den verschiedenen Problemkomplexen der Gastarbeiter, besonders jedoch

mit ihrer Sprachproblematik. Außerdem will sie anhand der vorgeführten Materialien die Forderung versteh- und begründbar machen, bei der Konzeption von Lehrmaterialien und Lehrprogrammen den speziellen Anforderungen zu genügen, die die spezifische Situation der Zielgruppe an diese stellen.

Darüberhinaus erscheint mir das Aufzeigen bestimmter "Realsituationen" und der aus ihnen erwachsenden Bedürfnisse notwendig für das Verständnis der Angemessenheit wissenschaftstheoretischer Forderungen an die Linguistik, Sprache nicht losgelöst vom Kommunikationskontext als Abstraktum, als "wertfreien" Informationsträger aufzufassen⁷⁾, sondern sie innerhalb von Kommunikationssituationen im weitesten Sinne und im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Kontext in ihrer Abhängigkeit von sich ständig verändernden Faktoren zu begreifen und zu beschreiben. Diese Forderung impliziert für die Sprachbetrachtung einerseits die kritische Untersuchung und Erklärung des Sprachgebrauchs in bestimmten Kommunikationssituationen und deren Sprachgebrauchsregeln; für die Sprachvermittlung andererseits bedeutet dies nicht nur Lehre grammatischer Strukturen, sondern die kritische Erläuterung verschiedener Sprachfunktionen und ihrer Gebrauchsregeln sowie ihre Herleitung aus der jeweiligen historisch-sozialen Gebundenheit.

1. SOZIO-ÖKONOMISCHE ZUSAMMENHÄNGE

1.1 Ursachen der Beschäftigung von Gastarbeitern in der BRD.

Im letzten Drittel der fünfziger Jahre begann sich für die westdeutsche Wirtschaft aufgrund der wirtschaftlichen Expansion das Potential qualifizierter Arbeitskräfte zu erschöpfen. Vor allem in den sechziger Jahren entstand eine überhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften, verursacht durch die Schließung der DDR-Grenze (jährlicher Zustrom durchschnittlich zwischen 150.000 und 300.000 DDR-Bürger) in Verbindung mit der Erschöpfung der Arbeitskraftreserven aus der natürlichen Bevölkerungsbeziehung (geburtenarme Kriegsjahrgänge, ungünstige Altersstruktur, usw.). Schon 1954/55 ergriffen die Unternehmerverbände Initiativen zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Anwerbung, Vermittlung und weitgehend auch Kontrolle dieser Arbeitskräfte wurden zentralen staatlichen Institutionen, besonders der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übertragen. 1972 waren rund 2,2 Millionen ausländischer Arbeitnehmer in der BRD beschäftigt. Zu den beschäftigten ausländischen Männern und Frauen kamen etwa ein Drittel nichtbeschäftigter Ehefrauen und rund 500.000 Kinder und Jugendliche unter 21 Jahren, d.h. etwa 1,2 Millionen nicht berufstätiger Familienmitglieder.⁸⁾ Wirtschaftlichen Prognosen zufolge werden im Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum bis 1985 etwa 3,5 Millionen ausländische Arbeitnehmer in der deutschen Wirtschaft benötigt.⁹⁾

Gastarbeiter werden in der Regel dort eingesetzt, wo infolge schwerer Arbeitsbedingungen und geringer Entlohnung die Arbeitsplätze mit einheimischen Arbeitskräften nicht mehr besetzt werden können.¹⁰⁾ Lohnabhängigkeit und vorwiegende Fixierung der ausländischen Arbeiter an einfache Produktions-tätigkeiten, an Positionen der untersten Stufe in der Betriebshierarchie (unqualifizierte und gefähr-

liche Arbeiten) sind Merkmale der Ausländerbeschäftigung in der BRD, die sich - einer historischen Darstellung zufolge - nun schon genau hundert Jahre " seit der Entfaltung des Imperialismus in Deutschland durchgehalten haben."¹¹⁾ Im Interesse der Industrie liegt eine optimale Mobilität und Verfügbarkeit der Gastarbeiter, ihr Nicht-seßhaft-werden, so daß die ausländischen Arbeitskräfte den Teil der im "Konjunkturverlauf freisetzbaren Reservearmee"¹²⁾ darstellen, wie sich in den Krisenjahren 1966/67 nachweisen läßt: ausländische Arbeitskräfte sind in besonders konjunkturabhängigen Industrien (Stahl-Maschinenbau, usw.) überproportional im Verhältnis zu deutschen Arbeitnehmern entlassen worden.¹³⁾

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer "im besten Schaffensalter" zwischen 18 und 45 Jahren trägt vor allem zum Wirtschaftswachstum bei. "Wir haben ausländische Arbeitnehmer aus arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Gründen nötig. Sie tragen dazu bei, unsern Wohlstand zu mehren."¹⁴⁾ In diesem Zusammenhang ist das Lohnsteueraufkommen der ausländischen Arbeitnehmer und ihr Beitrag zur Rentenversicherung von besonderem Interesse; bei einem monatlichen Durchschnittsnettoverdienst von DM 867.- (1972) führten Gastarbeiter rund 3 Milliarden DM Lohnsteuer und rund 2,5 Millionen DM an Beiträgen zur Sozialversicherung ab. Ohne die Gastarbeiterzahlungen zur Sozialversicherung müßte derzeit jeder deutsche Arbeitnehmer 1 1/2 - 2% mehr Versicherungsbeitrag leisten.¹⁵⁾

Auf der Seite der ausländischen Arbeitnehmer gibt es mehrere Gründe für die Emigration. Eine der Ursachen ist die wirtschaftliche Notlage der Ausländer u.a. als Konsequenz der Weltwirtschaftslage und des Nord-Südgefälles der reichen zu den armen Nationen.¹⁶⁾ Neben den materiellen Bedingungen spielen auch individual- und sozialpsychologische, gesellschaftspolitische und politische Gegebenheiten eine Rolle für die Auswanderung. Meistermann/Seeger versuchten u.a. die sozialpsy-

chologische Struktur der vier von ihnen untersuchten Gastarbeiter-Nationalitäten (Spanier, Italiener, Griechen und Türken) - völkerpsychologisierend - zu erfassen, und ihr - meiner Meinung nach nicht ausreichend legitimiertes - Resümee lautet: Spanier wollen "vordergründig" Geld verdienen, "hintergründige" Motivation ist ein enormer Drang nach Freiheit. Italiener und Griechen suchen bewußt nach einem besseren Betätigungsfeld für ihre Begabungen; Geld spielt bei diesen beiden Nationen eine relativ unwichtige Rolle; "hintergründiges" Motiv ist ein Bedürfnis nach Sicherheit vor äußerer Gewalt. Die Türken mit ihrer starken Autoritäts- und Vatergebundenheit in Verbindung mit einem überhöhten Selbstwertgefühl scheinen "in einem Zustand der Richtungslosigkeit zu leben, in dem die Ursache ihrer Auswanderung kollektiv nicht zu umreißen ist, sondern individuell sehr stark differiert."¹⁷⁾ Als unbewußtes Motiv der Auswanderung aller Gastarbeiter nennen die Autoren das "Ausreißer-Motiv". Zu den letztgenannten, von mir nicht nachprüfbaren Ursachen der Auswanderung der vier Gastarbeiter-Nationen kommt - hierauf soll an dieser Stelle nur global verwiesen werden - als entscheidender Faktor die Wirtschafts- und Gastarbeiterpolitik der einzelnen Herkunftsländer und in Verbindung damit die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der herrschenden Klassen dieser Länder.

1.2 Rückwirkungen auf die Entwicklungspolitik der Industrieländer.

Von den Industrienationen wird die Ausländerbeschäftigung als die "bedeutendste Entwicklungshilfe" bezeichnet, die von den Industrienationen bisher geleistet wurde. Als Argumente werden hauptsächlich genannt "berufliche und fachliche Kenntnisse", die die Gastarbeiter erwerben und durch die sie bei der Rückwanderung einen "sicherlich wertvollen Beitrag leisten"¹⁸⁾. M. Nikolinakos hat nachgewiesen, daß diese Auffassung einer haltbaren Grundlage entbehrt.¹⁹⁾

Was im besonderen die indirekte Bildungshilfe betrifft, welche durch die Fachausbildung der Gastarbeiter in der BRD geleistet wird, so läßt sich zusammenfassend feststellen: Die Gastarbeiter werden in den Aufnahmeländern fachlich wenig ausgebildet; geschieht es, so erfolgt die Ausbildung nach den Bedürfnissen der Industrie des Gastlandes und nicht nach den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Heimatländer.²⁰⁾ Im Vordergrund des Interesses der Industrie steht die Anpassung an den "Rhythmus des modernen Betriebs, das Erlernen von Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Disziplin," also ... "Dinge, die weniger mit der Übermittlung praktischer Fertigkeiten und Kenntnisse zu tun haben, als mit der inneren Einstellung zur Arbeit."²¹⁾ also Anpassung an die Betriebsstruktur zur Gewährleistung eines reibungslosen Produktionsablaufs. Die Analyse ergab, daß der Migrationsprozeß den Bedürfnissen der hochindustrialisierten Aufnahmeländer angepaßt ist²²⁾.

Seit Februar 1971 verfolgt die Bundesregierung ein neues entwicklungspolitisches Konzept mit folgendem Ziel: "Die Bundesregierung wird die Entwicklungsländer beim Aufbau ihrer Industrien verstärkt unterstützen"; d.h. Industrialisierung der Entwicklungsländer mit dem Schwerpunkt der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.²³⁾ Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch Direktinvestition von westdeutschem Kapital in die Produktionsanlagen der mittelmeerischen Länder. Diese Konzeption stellt ohne Zweifel eine direkte Situationsverbesserung der ausländischen Arbeitnehmer dar, da Arbeitsplätze jetzt in den Heimatländern der ausländischen Arbeitnehmer geschaffen werden, und so ein Großteil der durch die Anwesenheit von Gastarbeitern in den Industrieländern auftretenden Probleme (z.B. Sozial- und Sprachproblem) vermieden werden. Doch hat die Neukonzeption der Entwicklungspolitik erhebliche und nicht unbedenkliche wirtschaftspolitische Folgen für die betroffenen Entwicklungsländer.²⁴⁾

Um die spätere Kritik (vgl. 3.1, 3.2) am Schul- und Ausbildungsprogramm der BRD für Gastarbeiter in einen größeren Rahmen einordnen zu können, erscheint es mir notwendig, in diesem Zusammenhang kurz die Brisanz des Problems Industrieländer - Entwicklungsländer als weltweites Grundproblem - nicht nur auf das Verhältnis zwischen Mitteleuropa und Südeuropa bezogen - zu skizzieren. J.D. Illich, der dieses problematische Verhältnis in Übereinstimmung mit einer Reihe anderer Autoren ²⁵⁾ beurteilt, stellt fest: Die Industrieländer exportieren in die Entwicklungsländer Waren und 'Problemlösungsmodelle' (z.B. Krankenversorgung, Ausbildungssystem u.a.), die für Industriegesellschaften entwickelt und geplant wurden und zum Teil in krassem Widerspruch zu den momentanen Bedürfnissen der Entwicklungsländer stehen. Die Wahrnehmung echter Bedürfnisse der Entwicklungsländer wird durch Angebot, Werbung und Exportzwang der Industrieländer pervertiert zur Nachfrage nach den Erzeugnissen der angebotenen Massenproduktion,²⁶⁾ Waren, die meist nur für den wohlhabenderen Teil der Bevölkerung zugänglich sind. Mit dem Export von Waren und 'Problemlösungsmodellen' exportieren die Industrieländer ihre Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, die für die Entwicklungsländer verheerende Folgen haben: Die Kluft zwischen der Masse der Armen und Unterprivilegierten und den Besitzenden vergrößert sich etwa umgekehrt proportional mit der Zunahme der Bevölkerung. So sind beispielsweise die Pro-Kopf-Kosten der Schulbildung in fast allen Entwicklungsländern annähernd so hoch wie in den Industrieländern bei einem vielfach niedrigeren Durchschnitts-Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung, wobei das Real-Einkommen des Großteils der Bevölkerung noch weit unter dem Durchschnittswert liegt. Da der Zugang zu öffentlichen Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern usw. vorwiegend vom Einkommen des einzelnen abhängt, wird das Bildungs- und Sozialprivileg eines verhältnismäßig kleinen Bevölkerungsteils zu einem explosiven sozial-politischen Krisenherd. Das Fazit von Illichs Ausführungen: Für die Bedürfnisse

der Entwicklungsländer müssen brauchbare, die besonderen Verhältnisse jeden Landes berücksichtigende Alternativen zu den Lösungen der Industrieländer entwickelt werden; dies gilt im besonderen für die Sozial- und Bildungspolitik. Die Entwicklung von Alternativen zur bisherigen Entwicklungspolitik der Industrieländer, die aufgrund von Export von Waren und Modellen - zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse entworfen - nicht zum Erfolg führen kann, da es einfach nicht genug Geld auf der Welt gibt, um bei ständig wachsender Bevölkerung alle Bedürfnisse auf gleiche Weise zu befriedigen, ist vorrangiges Problem, da Prognosen zufolge die zunehmende Verschärfung des Verhältnisses Industrieländer - Entwicklungsländer, noch in diesem Jahrzehnt zu schweren Krisen führen wird.²⁷⁾

2. SITUATION DER GASTARBEITER IN DER BRD.

2.1 Rechtsstellung der ausländischen Arbeitnehmer²

Durch eine im jeweiligen Heimatstaat errichtete Verbindungsstelle der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit werden Gastarbeiter angeworben und je nach Bedarf und Qualifikationsanforderungen deutscher Unternehmen ausgesucht, und sie erhalten einen Arbeitsvertrag, der sie für ein Jahr an die vermittelte Arbeitsstelle bindet. Am Arbeitsplatz sind Unterkünfte bereitzustellen, die nach den Richtlinien des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung bei einer Belegstärke bis zu vier Personen mindestens acht Quadratmeter Wohnfläche pro Person, davon sechs Quadratmeter für den Wohnraum umfassen müssen. Am Arbeitsplatz sieht das Gesetz die völlige Gleichstellung des ausländischen Arbeitnehmers mit seinen deutschen Kollegen vor; d.h. Bestimmungen des Tarifvertrags, des Urlaubsrechts, des Arbeitsschutz- und Mutterschutzgesetzes, des Kündigungsgesetzes usw. gelten für Ausländer wie für Deutsche.²⁹⁾ Nur die Grundrechte sind dem Ausländer gegenüber erheblich eingeschränkt durch das Ausländergesetz: Der ausländische Arbeitnehmer

hat weder aktives noch passives Wahlrecht auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene³⁰⁾; ihm gegenüber sind entscheidende Grundrechte eingeschränkt wie politische Betätigung, Versammlungsfreiheit, das Recht auf Selbstbestimmung und Ausbildung.³¹⁾ Das Ausländergesetz vom 28. April 1965, das von den Ministerialbeamten Kloesel und Christ als das "wohl liberalste Ausländergesetz der Welt" vorgestellt wird,³²⁾ bezeichnen Kritiker wie F. Franz u.a. als "eines der rückständigsten Gesetze der Nachkriegszeit"³³⁾, das die in der BRD lebenden Ausländer, soweit sie nicht aus EWG-Ländern kommen, nicht einer Rechtsordnung, sondern einer Polizeiordnung unterstellt. In seiner Kritik am Ausländergesetz führt Franz den Beweis, daß die §§ 2, 10 Ausländergesetz "den Rechtszustand wieder her(stellen), der unter der Geltung der Kriegsverordnung vom 5.9.1939 bestanden hatte".³⁴⁾ Besonders kritisiert werden die Vollmachten, die das Gesetz im Rahmen des Ermessensspielraums den Behörden in den §§ 2, 10 überträgt, die die Kriterien zur "Aufenthalts-erlaubnis" und "Ausweisung" festlegen mit der Formel: Belange der Bundesrepublik dürften durch die Anwesenheit des Ausländers nicht beeinträchtigt werden. Der Nachweis von Ermessensmißbrauch scheint zu entfallen, da es Sinn des Gesetzes ist, "nicht den Belangen einzelner Ausländer, sondern denen der BRD zu dienen",³⁵⁾ und irgendwelche staatlichen Belange können bei ausländischen Maßnahmen stets ins Spiel gebracht werden.³⁶⁾ Dadurch daß der Gesetzgeber die zu wahrenen staatlichen Interessen nicht explizit nennt, sondern ihre Interpretation dem Ermächtigungsbereich der Verwaltung überläßt,³⁷⁾ wird das Prinzip der Gewaltenteilung verletzt.

Da die Verwaltung über Aufnahme, Aufenthaltsberechtigung und über Ausweisung des ausländischen Arbeitnehmers nach eigenem Ermessen befinden kann, entscheidet sie auch über das weitere Schicksal der Familie des ausländischen Arbeiters. In einem Kommentar zum Ausländergesetz wird vor den Gefahren

der Familienzusammenführung gewarnt: "sie dürfe nicht zur Seßhaftmachung und Assimilierung führen, denn das laufe den staatlichen Belangen zuwider". In der Regel solle der Gesamtaufenthalt des Ausländers in der BRD 4 Jahre nicht überschreiten,³⁸⁾ d.h. es wird Rotation empfohlen, d.i. der zwanqswel Austausch der hier lebenden Ausländer durch neue "unverbrauchte Arbeitskräfte"³⁹⁾. Nach bundeseinheitlichen Richtlinien an die Ausländerbehörden soll die Aufenthaltsberechtigung nach achtjährigem Aufenthalt nur in besonders begründeten Ausnahmefällen erteilt werden⁴⁰⁾, etwa politisch Verfolgten. Auch die Einbürgerung ist für ausländische Arbeitnehmer schwierig: die Einbürgerung kann nach zehn Jahren erfolgen, wenn der Ausländer "unbescholten" ist, und sich und seine Angehörigen in der BRD ernähren kann. Sie wird fast nur praktiziert, wenn der Ausländer mit einem deutschen Partner verheiratet ist.

Wenn es im Interesse eines bestimmten Wirtschaftszweigs liegt, die Arbeitsplatzfluktuation der Gastarbeiter zu verhindern, kann die Arbeitserlaubnis - "nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes" - in den ersten fünf Jahren der Beschäftigung für eine bestimmte berufliche Tätigkeit an einen bestimmten Betrieb gebunden werden.⁴¹⁾ Sucht sich der Arbeitnehmer unter Verletzung der Arbeitsplatzbindung einen vorteilhafteren Arbeitsplatz, so gilt dies als Ausweisungsgrund.⁴²⁾

Das Ausmaß der Behördenabhängigkeit der ausländischen Arbeitnehmer, die keinerlei Rechtsanspruch auf Aufenthalt oder auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis haben, wird deutlich in der Praxis der Nicht-Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung. So empfahl das Bundesverwaltungsgericht 1970 der Verwaltung, bei "unangenehmen oder nicht mehr brauchbaren" ausländischen Arbeitnehmern statt der förmlichen Ausweisung die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung zu versagen; Gründe humanitärer Art sind dabei grundsätzlich nicht zu berücksichtigen.⁴³⁾

Das Ergebnis seiner Kritik am Ausländergesetz faßt Franz folgendermaßen zusammen: Es ist sicher dem Gesetzgeber unbenommen, zwischen deutschen und fremden Interessen abzuwägen; doch ist es nicht Aufgabe der Verwaltung, sondern eben des Gesetzgebers, "Inhalt, Zweck, Gegenstand und Ausmaß" der Beschränkungen des Ausländeraufenthalts, der Ausweisung usw. festzustellen und die Grenzen der dem Ausländer verbürgten Handlungsfreiheit genau zu fixieren. Durch den ständigen Ausländerbedarf von Industrie und Gesellschaft zur Aufrechterhaltung des derzeitigen Lebensstandards in der BRD stellt sich dem Gesetzgeber - aus der immanenten Struktur unserer Gesellschaft und in der Verfolgung ihrer Interessen - die Aufgabe, "der Diskriminierung und der zunehmenden Isolation einer Minderheit" entgegenzuwirken, um die Bildung sozialer Konflikt- und Unruheherde zu verhindern. "Am Beginn ... stehen aufenthaltsrechtliche Sicherheiten." ⁴⁴⁾

Franz's Anliegen ist es, durch die Verbesserung sozial- und aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen soziale Krisen zu vermeiden. Übersehen wird hierbei - so berechtigt seine Forderungen auch sind -, daß die Verbesserung der Rechtslage der Gastarbeiter nur einen Aspekt in der Lösung der Gastarbeiter-Problematik darstellt und seine einzelnte Behandlung die gegenteilige Wirkung erzielen kann in der Pazifizierung der übrigen ungelösten Probleme. Durch sozialrechtliche Gleichstellung und aufenthaltsrechtliche Sicherung kann die soziale Diskriminierung der Gastarbeiter zwar abgebaut werden, an der Statuszuweisung der Gastarbeiter durch Industrie und Gesellschaft ändert eine rechtliche Besserstellung des ausländischen Arbeitnehmers kurzfristig jedoch wenig, wenn sie nicht begleitet ist von entsprechenden wirtschafts- und bildungspolitischen Maßnahmen.

2.2 Berufssituation.

Nach der statistischen Übersicht über die in der Bundesrepublik beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer⁴⁵⁾ waren im Juni 1971 2168766 ausländische Arbeitnehmer in der BRD beschäftigt, davon 1553874 Männer und 614892 Frauen. Nach Nationalitäten aufgeschlüsselt sind 1973 22% Türken, 20% Jugoslawen, 18% Italiener, 11,5% Griechen, 9,9% Spanier und 1,9% Portugiesen, gesamt 82% der Ausländer in der BRD aus den Anwerbeländern.⁴⁶⁾ Die ausländischen Arbeitnehmer sind konzentriert in den industriellen Ballungszentren der BRD; hier arbeiten fast 50% aller Gastarbeiter, während der Durchschnitt aller in der BRD Beschäftigten hier bei 35% liegt. In Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ist derzeit jeder 17. Arbeitnehmer Ausländer. Dem jüngsten Bericht zur Situation der Gastarbeiter in der BRD zufolge⁴⁷⁾ ist die Aufnahmekapazität der Ballungszentren schon jetzt überfordert, während der Gastarbeiter-Bedarf der Industrie weiterhin zunimmt. In den wirtschaftlich schwächeren Zonen dagegen waren 1971 nur etwa 4% der ausländischen Arbeitnehmer tätig⁴⁸⁾ (Berlin, Nordbayern, Rheinland-Pfalz, Schleswig Holstein); hier konnte der Arbeitskräftebedarf der Industrie noch weitgehend durch inländische Arbeitnehmer gedeckt werden.

Nach Wirtschaftszweigen aufgegliedert werden Gastarbeiter vorwiegend (38,5%) in der Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung beschäftigt (in Baden-Württemberg z.B. arbeiten etwa 45% der Gastarbeiter in diesem Industriezweig), gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe (25,4%), dem Baugewerbe (16,7%) und dem Dienstleistungsgewerbe (10%) u.a.⁴⁹⁾

Gastarbeiter arbeiten zu einem großen Prozentsatz in Großbetrieben und üben hier vorwiegend Hilfsarbeiter- oder angelernte Tätigkeit aus. Sie bilden in der Betriebshierarchie die unterste Einkommensschicht; ein beruflicher Aufstieg ist großteils nur vom ungelernten zum angelernten Arbeiter möglich; durchschnittlich schaffen nur etwa 8% den

Aufstieg zum Facharbeiter. So gelang beispielsweise im Wolfsburger VW-Werk, das rund 8000 Italiener beschäftigt, noch keinem der Aufstieg zum Vorarbeiter, obgleich nach Angaben der Italiener ein hoher Prozentsatz von ihnen eine berufliche Qualifikation nachweisen kann.⁵⁰⁾ Eine Statistik von 1969/70 mag die Stellung der ausländischen Arbeitnehmer im Betrieb verdeutlichen:

ungelernte Arbeiter	45,1%
angelernte Arbeiter	40,3%
Facharbeiter	10,7%
Angestellte	1,6%
Lehrlinge, Praktikanten	0,8% ⁵¹⁾

Die relativ hohe Facharbeiter-Quote kommt dadurch zustande, daß ein Teil der jugoslawischen Arbeiter bereits als Facharbeiter in die BRD kam; die Ausbildung zum Facharbeiter in der BRD erhielten dagegen nur 6% der Ausländer.

Der Durchschnittsverdienst der männlichen ausländischen Arbeitnehmer betrug 1971 DM 1000.-, der der weiblichen etwas mehr als DM 500.- monatlich.

Für das Industriegebiet Saarland/Moseldepartement ergibt sich ein noch ungünstigeres Bild;⁵²⁾ etwa 70% aller Befragten sind als ungelernte Arbeiter, etwa 28% als angelernte Arbeiter und nur 2% als Handwerker beschäftigt. Von allen Befragten konnten nur 5% einen Berufsaufstieg vom ungelernten/angelernten Arbeiter zu mittleren Positionen, z.B. Polier, Meister, angeben.

Interessant ist ein Vergleich der Berufsausbildung, die die Gastarbeiter in ihren Heimatländern erhielten, mit der in der BRD ausgeübten Tätigkeit.⁵³⁾ Etwa 60% der von Bingemer u.a. befragten Gastarbeiter (Italiener, Griechen, Türken, Spanier) gaben an, in der Heimat eine Berufsausbildung erhalten zu haben. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß sowohl die Berufsausbildung in den Anwerbeländern,

als auch die Selbsteinschätzung der beruflichen Qualifikation der Gastarbeiter bei weitem nicht den in der BRD zugrundegelegten Berufsanforderungen entsprechen. An der Spitze der ausländischen Arbeitskräfte mit fachlicher Qualifikation liegen die Türken; sie geben an, zu 89% einen technischen Beruf erlernt zu haben, und üben auch in der BRD zum großen Teil technisch-orientierte Tätigkeiten aus. Danach folgen Jugoslawen, die im Metallgewerbe und Elektro-, Bau- und Textilgewerbe ausgebildet wurden und auch in der BRD größtenteils im erlernten Beruf tätig sind, häufig als angelernte oder Facharbeiter.⁵⁴⁾ Auch Griechen sind vorwiegend in technischen Berufszweigen zu finden, jedoch stimmt ihre Ausbildung - 47% haben keine Berufsausbildung, die übrigen sind Händler, Handwerker oder haben kaufmännische Berufe erlernt - nicht mit ihrer in der BRD ausgeübten Tätigkeit überein; sie arbeiten zu etwa 70% als unqualifizierte technische Arbeiter.

Italiener sind vorwiegend im Baugewerbe oder im Dienstleistungssektor als Hilfsarbeiter tätig, obwohl die Mehrzahl zu Hause einen Beruf erlernt hat (technische Berufe oder Berufe des Baugewerbes). Auch Spanier, deren Ausbildung zu Hause sich neben kaufmännischen auf technische und handwerkliche Berufe erstreckte, arbeiten in der BRD vorwiegend als Hilfsarbeiter im Dienstleistungssektor und im Baugewerbe. Eine hohe Auffangfunktion haben die Dienstleistungsberufe; 45% der Italiener und 36% der Spanier, die außerhalb ihrer spezifischen Berufsausbildung arbeiten, sind hier zu finden.

Im Zusammenhang mit der Berufsstruktur muß auch die Berufsmobilität gesehen werden.⁵⁵⁾ Bingemer u.a. stellten in ihrer Untersuchung fest, daß Gastarbeiter, die in ihrem erlernten Beruf tätig sind, ihren Arbeitsplatz seltener wechseln; ebenso neigen Gastarbeiter in ungelernten Positionen mehr zu Arbeitsplatzwechsel als angelernte oder Facharbeiter.

2.3 Familien- und Wohnverhältnisse.

Etwa 58% aller Gastarbeiter sind verheiratet, am häufigsten Spanier zu 77%, am seltensten Italiener zu 44%. 55% aller Gastarbeiter wünschen ihre Frauen bei sich in Deutschland zu haben (26% der Türken, 86% der Griechen).⁵⁶⁾ Der Nachzug der Familienangehörigen kann nach den Richtlinien der Ausländeraufsicht in der Regel nach dreijährigem Aufenthalt des Arbeitnehmers (in Ausnahmefällen nach einem Jahr) erfolgen, und nur dann, wenn der Arbeitnehmer und seine Frau sich ohne besondere Schwierigkeiten in die deutschen Verhältnisse einfügen können, d.h. u.a., wenn der Arbeitnehmer eine, der Größe seiner Familie entsprechende Wohnung (gemessen an deutschen Verhältnissen) nachweisen kann.⁵⁷⁾ Einem Bericht von F. Franz zufolge sieht diese Verordnung in der Praxis so aus, "daß Ausländern Wartezeiten (zum Familiennachzug) zugemutet werden, die nach deutschem Recht die Scheidung der Ehe zulassen würden."⁵⁸⁾ Hier werden Anforderungen gestellt, die mit dem vom Grundgesetz gewährleisteten, auch dem Ausländer gegenüber wirksamen⁵⁹⁾ besonderen staatlichen Schutz von Ehe und Familie nicht vereinbar sind. Zu fragen ist auch, ob die in den Richtlinien vorgesehene Beschränkung des Kreises der Familienangehörigen auf Ehegatten und Kinder unter 21 Jahren nicht in Einzelfällen revisionsfähig sein sollte, z.B. wenn es sich um die Zulassung abhängiger Eltern handelt.

Im Zusammenhang mit der Familiensituation der Gastarbeiter sind auch ihre Wohnprobleme zu sehen. Etwa 80% der Türken lebt in Wohnheimen (nur 13% der türkischen Ehefrauen sind in Deutschland) und 3% in Untermiete; bei den Griechen ist das Verhältnis umgekehrt: 58% wohnen in Untermiete mit ihren Ehefrauen und 8% leben in Wohnheimen. Nach Bingemer u.a. zieht der größte Teil der Gastarbeiter Privatwohnungen Gemeinschaftsunterkünften vor. Doch lagen die Mietpreise für Gastarbeiterwohnungen im Raum Köln 1972 an der Spitze Nordrhein-Westfalens,

im Raum München an der Spitze Bayerns.⁶⁰⁾ In engen Räumen, die mit vier bis sechs Betten belegt sind, werden in Großstädten wie Hamburg, Frankfurt oder München monatliche Bettpreise bis zu DM 100.- und darüber verlangt und bezahlt. Einer neuen Untersuchung über Gastarbeiterwohnverhältnisse in Nordrhein-Westfalen zufolge liegt der durchschnittliche Quadratmeterpreis bei 8,58 DM (für Deutsche 5-6.-DM); in 55% der Wohnheime oder Wohnbaracken der Betriebe sind unzureichende sanitäre Anlagen, "63 Heimbewohner müssen sich im Durchschnitt eine Badewanne teilen".⁶¹⁾ Die Chance, in die Maßnahmen des gemeinnützigen Wohnungsbaus einbezogen zu werden, ist angesichts des Bedürfnisses deutscher Wohnungssucher gering. Die Gastarbeiter selbst geben im Raum Köln zu 65% an, zu Hause besser gewohnt zu haben als in Deutschland.

Die Gründe für die Wohnungsmisere der Gastarbeiter sind zahlreich: Die Bundesrepublik stellte sich in ihrer Ausländerpolitik auf ein Provisorium ein und orientierte sich in ihren Maßnahmen an der Vorstellung, daß die BRD kein Einwanderungsland sei. Im Interesse der Bundesregierung lag die Niedrighaltung des Infrastrukturbedarfs der Gastarbeiter, die Firmen wurden verpflichtet, für die Ausländer (Massen) Quartiere vorzuweisen. Die Wohnpolitik der Bundesregierung kommt den Interessen der Industrie entgegen; die Ausländerquartiere liegen häufig in Betriebsnähe oder auf firmeneigenem Boden und sichern so die Kontrollierbarkeit und schnelle Verfügbarkeit der Arbeitskräfte. Schon 1966 erkannte Freiherr von Glinan den Wert einer solchen Wohnungspolitik für die Industrie: "Der große Wert der Ausländerbeschäftigung liegt darin, daß wir hiermit über ein mobiles Arbeitskräftepotential verfügen. Es wäre gefährlich, diese Mobilität durch eine Ansiedlungspolitik einzuschränken."⁶²⁾

Das Gastarbeiterwohnproblem erweist sich jedoch in zunehmendem Maße als sozialer Konfliktherd. Mangelhafte Unterbringung und Massierung in sog. Ausländer-Ghettos (vgl. Frankfurt, Berlin, Mün-

chen), dauernde, sichtbare Diskriminierung fördert Kriminalität und Verführbarkeit zu extremem politischem Radaikalismus. Als Ergebnis ihrer Wohnuntersuchungen fassen Bingemer u.a. zusammen: Der zunehmenden Ghettobildung muß durch Sofortmaßnahmen entgegengewirkt werden. Für die einzelnen Nationalitäten, die unterschiedliches Wohnverhalten zeigen, müssen in bezug auf ihre Integrationsfähigkeit auch unterschiedliche Wohnlösungen gefunden werden. Außerdem muß bei der deutschen Bevölkerung die Bereitschaft geweckt werden - durch Aufklärung und Abbau von Vorurteilen -, mit Gastarbeitern gemeinsam Wohnblocks zu bewohnen. In ähnlicher Richtung laufen auch die Vorstellungen des Sozialministers Schmidt/Hessen: er plant, Gastarbeiter im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus mit deutschen Familien unterzubringen, was besonders der Integrationsförderung der Gastarbeiterkinder dienen werde.⁶³⁾

Wie "reibungslos" und von kommunaler Seite optimal gefördert die Integration der Gastarbeiter in die deutsche Gesellschaft erfolgen kann - liegt diese Integration nur im Interesse eines bestimmten Industriezweiges -, zeigt ein neues Integrationsmodell in Villingen/Schwenningen⁶⁴⁾: Im Interesse der Firma Saba liegt aus betriebstechnischen Gründen eine Dauerbeschäftigung der Gastarbeiter; in die Strukturplanung der Stadt wurden die Gastarbeiter als integrierter Bevölkerungsteil einbezogen, d.h. sie wohnen in modernen Hochhäusern in komfortablen Verhältnissen mit Deutschen zusammen. Die Firma fördert die Integration der Ausländer durch organisierte, für Ausländer und Deutsche gemeinsame Freizeitgestaltung. Im firmeneigenen Kindergarten werden Gastarbeiterkleinkinder versorgt. Auch für die Schul- und Sprachbildung der ausländischen Kinder wird gesorgt, denn die Firma Saba plant, ihren zukünftigen Mangel an Facharbeitern durch gutgeschulte Gastarbeiterkinder zu decken.

So günstig sich hier die Situation der Gastarbeiter an der Oberfläche auch darstellt, so sind doch alle Integrationsmaßnahmen fast ausschließlich vom Interesse der von der Integration hauptsächlich profitierenden Industrie (qualifizierter Nachwuchs) entwickelt worden, und Ausbildungsinhalte wie ein Teil der Sozialisationsbedingungen bleiben fremdbestimmt. Abhängigkeit und Unterdrückung werden auf nur "höherem" Niveau subtiler fortgesetzt.

2.4 Krankheit, Unfall⁶⁵⁾

Der relativ niedrige Krankheitsstand der Gastarbeiter wird garantiert durch die günstige Alters- und Gesundheitsstruktur, beides Anwerbungsbedingungen, die von den zuständigen Behörden streng eingehalten werden. Das Krankheitsbild der Gastarbeiter wird in der Regel von nervösen Symptomen bestimmt; meist psychosomatische Ursachen der Krankheit, wie starkes Heimweh, Depressionen, äußern sich in Magen- und Darmerkrankungen, Fieber- und Grippeanfälligkeit. Am meisten krank sind Türken und Spanier, für beide Nationalitäten gibt es in Deutschland die meisten sozialpathogenen Anlässe. Besonders bei den Türken bewirken das Erleben des starken Sozialgefälles zwischen ihrer Heimat und Deutschland und die Enttäuschung ihrer mitgebrachten Erwartung Beklemmung und Konfusion.

Nach einem Vorurteil der Deutschen sind Gastarbeiter häufiger, nach den Berichten der Versicherungsanstalten sind sie seltener krank als Deutsche.⁶⁶⁾ Die unterdurchschnittliche Erkrankung von Gastarbeitern darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich, wie im Falle der Türken subjektiv-unerträgliche Frustrationen als Aggressivität Abfluß nach außen verschaffen und damit die Gesellschaft treffen können.⁶⁷⁾

Die Unfallhäufigkeit der Gastarbeiter insgesamt ist überdurchschnittlich.⁶⁸⁾

Sie wird nach Nationalitäten unterschiedlich registriert: Die höchste Unfallquote weisen Italiener auf (vorwiegend in Unfall-intensiven Sektoren beschäftigt), überdurchschnittlich liegen auch Griechen (vorwiegende Beschäftigung liegt außerhalb des erlernten Berufes). Spanier und Türken erreichen etwa die unter deutschen Arbeitnehmern durchschnittliche Unfallhäufigkeitsquote. Arbeitnehmer beider Nationen kommen häufig aus städtischen Gebieten und weisen höhere technische Qualifikation auf. Doch scheint auch die Autoritäts-

orientierung der Türken, z.T. auch der Spanier, die Gastarbeiter dieser Nationen so zu disziplinieren "daß ihre Einordnung in den arbeitsteiligen Produktionsprozeß erleichtert wird."⁶⁹⁾

2.5 Kriminalität.

Das Phänomen 'Kriminalität', das "den Mangel an Übereinstimmung zwischen ... konventionellen und rechtlichen Ordnungsprinzipien (einer Gesellschaft) und der Differenziertheit des sozialen Feldes, der durch diese Ordnungsmuster geregelt werden soll" ⁷⁰⁾ zeigt, wird von K. Bingemer sozialpsychologisch analysiert und in den Rahmen dieser Analyse versucht er die Gastarbeiterkriminalität einzuordnen.

Als weit verbreitetes Vorurteil über Gastarbeiter erweist sich die Behauptung, daß die Kriminalität der Gastarbeiter insgesamt höher liege, als die der deutschen Bevölkerung.⁷¹⁾ In ihrer Untersuchung der Kriminalität der Gastarbeiter, aufgeschlüsselt nach Nationalitäten, und der Deutschen in Nordrhein-Westfalen unterscheiden die Autoren vier Gruppen von Straftaten: a) Sittlichkeitsdelikte, b) Gewaltverbrechen, c) Betrugsdelikte (z.B. Unterschlagung, Urkundenfälschung) und d) Eigentumsdelikte und kommen zu folgendem Ergebnis: Prozentual führen in der Rubrik 'Sittlichkeitsdelikte' Italiener und besonders Türken. Für 'Gewaltverbrechen' ergibt sich ein ähnliches Bild: auch hier führen Türken, gefolgt von Italienern und Deutschen. Der prozentuale Anteil der Spanier und Griechen an Gewaltverbrechen liegt dagegen niedriger als der der Deutschen. 'Betrugsdelikte' begehen Deutsche und Gastarbeiter im Durchschnitt gleich häufig, wenn auch hier die Delinquenz der Türken wieder höher liegt, als die der übrigen Gastarbeiter-Nationen. Eigentumsdelikte sind für alle vier Gastarbeitergruppen untypisch; hier führt die deutsche Bevölkerung prozentual mit großem Abstand.

Aus diesem Ergebnis zieht Bingemer folgende Schlußfolgerung: Die Kriminalität als sozialer Krisen-

index zeigt bei Gastarbeitern ein abweichendes Verhalten. Nach Nationen aufgeschlüsselt und ohne Eigentumsdelikte zu berücksichtigen, "kommt, gemessen an der einheimischen Bevölkerung, die Delinquenz der italienischen Gastarbeiter der Kölner Norm am nächsten, während die übrigen Vergleichsgruppen insofern ein anomales Verhalten zeigen, als ihre Straffälligkeit entweder überdurchschnittlich ist, wie im Falle der Türken, oder unterdurchschnittlich wie bei Spaniern und Griechen."⁷²⁾ Betrachtet man die Kriminalität insgesamt, einschließlich der Eigentumsdelikte, so liegt die Zahl der deutschen Delinquenten prozentual doppelt so hoch wie die der vier Gastarbeiter-Nationen insgesamt. Als eine der wichtigsten Ursachen für die Kriminalität sieht der Autor die Trennung von der Familie "als wichtigstes Glied in der Ursachenkette von Frustration und aggressiver Reaktion auf Schwierigkeiten in Deutschland."⁷³⁾ Spanier und Griechen leben viel häufiger mit ihren Familien zusammen als Italiener und Türken. Die Analyse macht besonders auf die Schwierigkeiten der Türken in Deutschland und der Deutschen mit Türken aufmerksam: Die kultursoziologischen Probleme der Türken sind die weitaus größten der vier Gastarbeiter-Nationen, das Bild der Deutschen von den Türken am wenigsten freundlich, und umgekehrt hegten die Türken die größten freundschaftlichen Erwartungen vor ihrer Ankunft in Deutschland.

Abschließend stellt der Autor noch einen Katalog von Faktoren zusammen, die bei der Beurteilung der statistischen Werte der Gastarbeiter-Kriminalität im allgemeinen nicht berücksichtigt werden, und die leicht zu einer überbewertenden Verzerrung der Sachlage beitragen. Dabei ist besonders erwähnenswert die niedrige Dunkelziffer bei Gastarbeiter-Straftaten.⁷⁴⁾

3. AUSBILDUNGS- UND SPRACHPROBLEMATIK.

3.1 Erwachsene.

Wie in 2.2 schon angedeutet wurde, liegt, gemessen an deutschen Verhältnissen, der durchschnittliche Ausbildungsstand der Gastarbeiter im allgemeinen niedriger als der der durchschnittlichen deutschen Arbeitnehmer. Gründe dafür sind sowohl im sozio-ökonomischen Status der Gesellschaftsklasse, der die Gastarbeiter vorwiegend entstammen, wie auch im Bildungssystem der Herkunftsländer zu suchen. Die Schulpflicht in den Herkunftsländern beträgt sechs Jahre, mit Ausnahme Italiens (8 Jahre). In keinem der Anwerbeländer gibt es eine geregelte Berufsausbildung, die mit der deutschen Handwerks- und Betriebslehre vergleichbar wäre; nur der Besuch der beruflichen Gewerbeschule kommt einer Berufsausbildung im deutschen Ausbildungssystem nahe.

Die meisten der von Deutschland angeworbenen Gastarbeiter haben fünf bis sechs Jahre Volksschule besucht (86-96%). Keine Schulbildung erhalten zu haben, gaben in einer Untersuchung von 1966 1% der Spanier an, 4% der Griechen, 10% der Italiener und 12% der Türken.⁷⁵⁾ Eine weiterführende Berufsschule besuchten 15-17% der Italiener, Türken und Griechen und etwa 37% der Spanier; das bedeutet, daß nur dieser recht geringe Prozentsatz der Gastarbeiter eine berufliche Ausbildung, an deutschen Verhältnissen gemessen, nachweisen kann. In der Selbsteinschätzung der Gastarbeiter sieht die Situation jedoch anders aus: In der Kölner Untersuchung gaben etwa 60% der Befragten an, eine berufliche Qualifikation erreicht und auf entsprechende Arbeitsplätze Anrecht zu haben.⁷⁶⁾ Die Berufsposition der in der BRD beschäftigten Gastarbeiter ist jedoch zwischen 80-90% die des ungelernten oder angelernten Arbeiters, und die Differenz zwischen Selbsteinschätzung und sog. objektiven Gegebenheiten führt zu ständigen Frustrationserlebnissen, wie die angeführten Autoren in ihren Untersuchungen aufgezeigt haben.

Im Zusammenhang mit dem Berufsstatus der Gastarbeiter in der BRD muß auch der Stand ihrer Sprachausbildung gesehen werden. Die deutschen Unternehmer, die die Gastarbeiter überwiegend zur Ausführung unqualifizierter Tätigkeiten angeworben haben, haben kein oder nur wenig Interesse an der sprachlichen Ausbildung der Gastarbeiter, da in ihrer Position im Produktionsprozeß - infolge der Technisierung - die sprachlich notwendige Kommunikation ohnehin auf ein Minimum beschränkt ist. Außerdem sind der Sprache unfähige Arbeitnehmer nach Bedarf verfügbar, sie ordnen sich leichter unter und verhalten sich gehorsam.⁷⁷⁾

Dem Gastarbeiter selbst fehlt in hohem Maße die geeignete Motivation, Deutsch zu lernen; 72% beantworteten die Frage nach der Teilnahme an einem Deutschkurs mit 'Nein'.⁷⁸⁾ Einer Statistik zufolge sprachen 1970 63% der Gastarbeiter gebrochen Deutsch, 17% gar nicht und nur 19% relativ gut Deutsch.⁷⁹⁾ Die Gründe für die fehlende Motivation sind zahlreich:

- a) Gastarbeiter haben häufig keine Zeit, an Deutschkursen teilzunehmen (Gründe: Schichtarbeit oder Beaufsichtigung der Kinder u.a.)
- b) Sie haben oft nur mangelnde schulische Vorbildung, und es gibt nur wenige Sprachkurse, deren Lernmethode abgestimmt ist auf Erwachsene mit relativ geringer sprachlicher Ausbildung.
- c) Die Ausstellung kurzfristiger Arbeitsverträge macht eine langfristige Aufenthaltsplanung unmöglich und läßt die unbefriedigende Situation immer wieder nur als Provisorium erscheinen, obgleich sich dieses Provisorium 1970 bei 80% aller ausländischen Arbeitnehmer schon über vier Jahre erstreckte.⁸⁰⁾
- d) Enttäuschende Erlebnisse in der Berufs- und Sozialsphäre haben wachsendes Desinteresse an deutschen Verhältnissen und Rückzug in die Isolation zur Folge.

- e) Das Bildungsangebot der deutschen Volkshochschulen kommt den Bedürfnissen der Gastarbeiter nur in sehr geringem Maße entgegen und hilft wenig, die Ursachen ihrer Problemsituation zu erkennen und sie zu rationaler Kritik und Selbsthilfe zu veranlassen.

Von den befragten Gastarbeitern selbst und von den genannten Autoren wird das Fehlen ausreichender Deutschkenntnisse als Hauptursache entstehender beruflicher und sozialer Probleme genannt. Sprachbeherrschung wird so zum zentralen Faktor bei der Bewältigung der Problembereiche sozialer Isolation, Außenseiterexistenz, Krankheit, Kriminalität und Unmündigkeitsverhalten, u.a. Die psychologische Verfassung der nicht- oder wenig-deutschsprachigen Gastarbeiter beschreiben Bingemer u.a.⁸¹⁾: Ausländische Arbeitnehmer sehen sich in der BRD in eine vorsprachliche Entwicklungsphase zurückversetzt, in kindliche Hilfslosigkeit und Abhängigkeit. Das von den befragten Gastarbeitern schmerzlich empfundene Überheblichkeitsbewußtsein der deutschen Bevölkerung und ihre Herablassung, hervorgerufen durch Radebrechen, kindliche Gestik und Mimik der Gastarbeiter, verursachen ständige Frustrationserlebnisse und beeinträchtigen in gefährlicher Weise das Selbstverständnis der Gastarbeiter.

Diese negativen Erfahrungen bestätigen einerseits die Abwehrreaktion gegen das Erlernen der deutschen Sprache, andererseits suchen sie Abfluß in Anomalien. Als Voraussetzung zum Ausbruch aus diesem zerstörenden psychologischen Mechanismus fordern die Autoren einerseits die Verbesserung von Lernmotiven und die Überwindung der Unmündigkeitshaltung der Gastarbeiter, andererseits den Aufbau eines Aus- und Weiterbildungssystems, das detaillierte didaktisch und methodisch der Zielgruppe angemessene Programme zur sprachlichen und beruflichen Bildung enthält.⁸²⁾ Von keinem der Autoren wird ein Vorschlag für ein solches Ausbildungsprogramm gemacht, noch wird auf die Gefahr der

erhöhten Manipulierbarkeit mithilfe von "gezielten" Programmen im Sinne einer totalen Ein- und Unterordnung in das deutsche Gesellschaftssystem hingewiesen. Eine verbesserte sprachliche und berufliche Ausbildung bietet - nach Meinung der Autoren - die Chance, die bis jetzt festgefügte Statuszuweisung durch die deutsche Industrie und Gesellschaft als unterste Schicht in der Betriebs- und Gesellschaftshierarchie zu durchbrechen. Doch wird die Tatsache übersehen, bzw. nicht problematisiert, daß eine vermehrte und verbesserte Ausbildung zum möglichen Berufsaufstieg in der mitteleuropäischen Gesellschaft gleichzeitig eine Übernahme der durch diese Ausbildungsinhalte vermittelten Wertnormen und Ideologien einer leistungsorientierten Industrie- und Konsumgesellschaft impliziert. Die Forderung nach Ausbildung sollte - allgemein formuliert - dahingehend spezifiziert werden, daß parallel zur fachlichen Wissensvermittlung die sozioökonomischen Strukturen sowohl der Industrie- wie der Entwicklungsländer einsichtig gemacht werden und so der eigene Standort in diesen höchst komplexen Abhängigkeitsstrukturen erkannt wird, als Voraussetzung zur Entwicklung sinnvoller Strategien zur Veränderung der individuellen Situation und der eigenen Gesellschaftsklasse.

3.2 Rückgliederungsprogramm für türkische Gastarbeiter.

Inwieweit Ausbildungsmaßnahmen mit dem Effekt der Unterordnung des Auszubildenden in das Werte- und Interessensystem des Ausbilders geplant werden können, zeigt folgendes Rückgliederungsprogramm.

Die bisherige jährliche Rückgliederung von etwa 200.000 Gastarbeitern (Schätzung der Bundesanstalt für Arbeit) verlief sowohl aus der Sicht der Gastarbeiter wie aus industrieller Perspektive keineswegs zufriedenstellend. Die meisten Gastarbeiter scheiterten mangels betriebswirtschaftlicher Kenntnisse oder durch Fehleinschätzung ihrer Situation

beim Versuch zum Aufbau einer eigenständigen Existenz. Das gesparte Geld war schnell verbraucht oder fehlinvestiert, der in der mitteleuropäischen Industrie "angelernte Spezialist" fand in der heimischen Industrie oft keine Arbeitsmöglichkeit; die drohende Arbeitslosigkeit zwang ihn, sich wiederum um einen Arbeitsplatz in den Industrieländern zu bemühen.⁸³⁾

Für die expandierende Industrie der mitteleuropäischen Länder sind die Entwicklungsländer potentiell neue Absatzmärkte. Doch zu Absatz, Vertrieb und zur Wartung der Industrieprodukte fehlen in den meisten Entwicklungsländern die Voraussetzungen, und diese gilt es für die Industrie zu schaffen. Um außerdem dem Problem der "destruktiven Radikalisierung"⁸⁴⁾ jener desillusionierten Gastarbeiter entgegenzuwirken, versucht nun das neue Rückgliederungsprogramm der Bundesregierung im Einvernehmen "mit interessierten Industrieunternehmern"⁸⁵⁾ die Gastarbeiter aktiv in den Rückgliederungsprozeß zu integrieren. "Im Rahmen der entwicklungspolitischen Förderung der ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer" und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist seit 1971 ein Ausbildungs- und Rückgliederungsprogramm (mit Startkapitalhilfe für kleine Betriebe) für türkische Arbeiter angelaufen.⁸⁶⁾ Das Ziel dieses Ausbildungsprogramms - vom BMZ mit 2,5 Millionen DM finanziert, von der Bundesanstalt für Arbeit überwacht und von Berufsschulen und Handwerksinnungen durchgeführt⁸⁷⁾ - charakterisiert K.-D. Dietzel folgendermaßen⁸⁸⁾:

- 1.) Die fachliche Grundausbildung - in deutscher Sprache - bis zum Meister des maschinenbau-mechanischen und elektromechanischen Handwerks ist sowohl die Voraussetzung zur Gründung von Reparaturwerkstätten für Landmaschinen, PKW, LKW und Elektrogeräte, wie auch zum Aufbau eines Vertriebs- und Wartungsapparates, der möglichst in direkter Verbindung mit den interessierten Firmen den Absatzmarkt Türkei für

die westdeutsche Exportproduktion erschließen soll.

- 2.) Von den durch deutsche Unterstützung ausgebildeten und geförderten Türken des mittleren Managements glaubt man, daß sie bei Investitionsentscheidungen oder bei der Einführung neuer Produktionstechniken auf den Ankauf westdeutscher Produkte dringen werden.
- 3.) Durch die im westdeutschen Ausbildungssystem erzogenen einheimischen Arbeitskräfte erspart sich das Investitionsunternehmen kostspielige Erfahrungen, z.B. lange, unproduktive Anlaufzeiten und hohe Anlaufkosten, denn "der Erfolg oder Mißerfolg von Fertigungsstätten im Ausland wird sehr maßgeblich von der Qualität der landeseigenen Mitarbeiter, ihrem Ausbildungsniveau, ihrem Einsatzwillen und ihrer Einstellung gegenüber dem ausländischen Unternehmen bestimmt." ⁸⁹⁾ (Hervorhebung von mir)

Die Möglichkeit der Ausbildung der türkischen Gastarbeiter in der BRD bietet dem einzelnen Gastarbeiter einerseits zwar eine große Chance zur Verbesserung seiner individuellen Situation, wie z.B. bessere Berufsposition und besseres Einkommen und damit höheren Sozialstatus; andererseits freilich vermittelt die genossene Ausbildung neben technisch-praktischem Können Denkschemata, Wertorientierungen und Ideologien des Bildungssystems einer hochindustrialisierten Gesellschaft, ⁹⁰⁾ zur Erkenntnis deren spezieller Probleme ihm wiederum die notwendige Schulung fehlt und deren Bildungsinhalte und -schwerpunkte er meist unreflektiert an- und übernimmt. Zur Erkenntnis der wahren Bedürfnisse und Interessen seines eigenen Landes und der Gesellschafts-schicht, der er entstammt, führt ihn die hier erworbene Ausbildung auf direktem Wege nicht. Neben diesem individuellen Aspekt hat das Ausbildungsprogramm weitere entwicklungspolitische Implikationen. Neben der ökonomischen Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern wird

mithilfe dieses Ausbildungsprogramms ein weit subtilerer Verbindungsmechanismus entwickelt: Über die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe soll jene soziale Schicht des Entwicklungslandes gestärkt werden, die die Interessen des "fördernden" Industrielandes vertritt, und deren Ideologie der Garant für die Stabilität des Gesellschaftssystems des Industrielandes wie des Entwicklungslandes ist: der Mittelstand.

3.3 Kinder und Jugendliche.

Die ganze Problematik der Gastarbeiter in der BRD und die Unsicherheit, mit der von bundesrepublikanischer Seite aus diese Problematik behandelt wird, tritt in der Bildungssituation der Gastarbeiterkinder zutage.⁹¹⁾ Grundsätzlich behandelt die Bundesregierung die Anwesenheit der Gastarbeiter in der BRD als Provisorium, wie auf eine kleine Anfrage zur "Schul- und Berufsausbildung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer in der BRD" am 30. März 1971 deutlich wurde. Hier heißt es u.a.: "Zwar darf nicht verkannt werden, daß in der Bundesrepublik Deutschland durch die vorübergehende, zeitlich nicht fixierbare Anwesenheit von derzeit ca. 2 Millionen ausländischer Arbeitnehmer und durch die dadurch bedingte Anwesenheit von schätzungsweise 200.000 Kindern im schulpflichtigen Alter aus mehreren muttersprachlichen Bereichen eine Schulsituation entstanden ist, wie sie in kaum einem vergleichbaren Industrieland herrscht. In der Regel nämlich nimmt der ausländische Arbeitnehmer eine für seine Kinder vorübergehend oder dauernd (!) schlechtere schulische Versorgung in Kauf. Lediglich ausgesprochene Einwanderungsländer fordern auch im schulischen Bereich die möglichst schnelle und dauernde Integration. Die Bundesrepublik versteht indessen die ausländischen Arbeitskräfte als Gastarbeiter und nicht als Einwanderer.⁹²⁾"

(Hervorhebung von mir) Mit dieser Orientierung wurde verhindert, daß gezielte Infrastrukturmaßnahmen den Prozeß der Integration eines Teils der Gastarbeiter fördern konnten. Die schulische Versorgung der Gastarbeiterkinder ist ebenso konzeptlos wie die gesamte Ausländerpolitik und wurde häufig dem Wirken ausländischer Regierungsstellen (besonders der spanischen und griechischen Regierung) oder karitativ-kirchlichen Institutionen überlassen. Erst in jüngster Zeit, nach dem Bekanntwerden des politischen Vorgehens griechischer Stellen in Fragen der "griechischen Schulen"⁹³⁾, beginnen Kulturministerien und Gewerkschaften, ihren Einfluß auf diesem Gebiet geltend zu machen.

Eine umfassende und zuverlässige Statistik über die Schulsituation der Gastarbeiterkinder gibt es nicht, da nach § 2,2 Ausländergesetz Kinder unter 16 Jahren keiner Aufenthaltsgenehmigung bedürfen und somit die Zahl der in der BRD anwesenden schulpflichtigen Kinder nur vermutet werden kann. Die Schätzungen der Schulpflichtigen liegen zwischen 250.000 - 300.000, jedoch besuchen nur knapp 140.000 Gastarbeiterkinder eine Schule, einschließlich der Berufsschule; etwa die Hälfte der schulpflichtigen Gastarbeiterkinder besuchen also ~~keine~~ allgemeine oder berufsbegleitende Schule. Allgemein dürfte die Erwartung vieler ausländischer Arbeitnehmer, schon bald wieder in ihre Heimatländer zurückzukehren, bei ihrer Abneigung, ihre Kinder in eine deutsche Schule zu schicken, eine Rolle spielen. Dabei wird nicht oder wird zu spät erkannt, daß der Aufenthalt in der BRD oder anderen Industrieländern aus Existenzgründen ein langfristiger oder gar ein Aufenthalt auf Dauer sein wird,⁹⁴⁾ und daß die Ausbildung, die die Kinder hier erhalten, oft deren einzige Chance für die spätere Existenzsicherung ist. Anstatt diese Chance zu nutzen und nach Möglichkeiten ihrer qualitativen Verbesserung zu suchen, werden in der Illusion der Rückkehrmöglichkeit, der die Haltung der Bundesregierung entgegenkommt, jahrelang provisorische und unzumutbare Verhältnisse in Kauf genommen.

Von den in deutschen Schulen zusammengefaßten Gastarbeiterkindern besuchen 82,6% Schulen in vier Bundesländern: 30% in Nordrhein-Westfalen, 27,5% in Baden-Württemberg, 13,3% in Bayern und 11,8% in Hessen. Die Gesetze über Schulpflicht gelten in allen Bundesländern auch für ausländische Kinder und Jugendliche. Der Schulpflicht muß in deutschen Schulen nachgekommen werden, eine Rechtsgrundlage für die Errichtung ausländischer Schulen ist nicht gegeben.

Ausländische Kinder, die am Unterricht an deutschen Schulen ohne erhebliche Sprachschwierigkeiten teilnehmen können, werden ihrem Alter oder ihren Leistungen gemäß in die entsprechenden deutschen Schulklassen aufgenommen, wobei der Anteil der ausländischen Kinder in einer Klasse 20% nicht überschreiten soll.⁹⁵⁾ Kinder, die in die Klassen 1-9 einzuordnen wären, wegen Sprachschwierigkeiten jedoch nicht am deutschen Unterricht teilnehmen können, werden nach Nationalitäten getrennt in Vorbereitungsklassen oder Übergangsklassen aufgenommen, die der deutschen Schulaufsicht nicht unterstehen. In Anlehnung an die Erlasse der Kultusministerien in München (24.5.1971) und in Stuttgart (5.7.1971) wurden mit Beginn des Schuljahres 1971/72 in Bayern und in Baden-Württemberg einige internationale Übergangsklassen eingerichtet. Über Dauer (in der Regel 1-2 Jahre) und Gestaltung der Vorbereitungsklassen, deren Ziel die beschleunigte Eingewöhnung in deutsche Schulverhältnisse ist und die Erlernung der deutschen Sprache, entscheiden die einzelnen Bundesländer. Der Unterricht orientiert sich an den allgemein geltenden Lehrplanrichtlinien. Nach dem erfolgreichen Abschluß der Vorbereitungsklasse sind die ausländischen Schüler in die ihrer Altersstufe, ihrem Leistungsgrad, wie dem Grad ihrer Deutschkenntnisse entsprechende deutsche Klasse einzuweisen. Neben dem Unterricht nach deutschem Lehrplan sollen die ausländischen Schüler auch die Möglichkeit haben, muttersprachlichen Unterricht zu erhalten, besonders

in den Fächern Sprache, Kunst, Kultur und Religion des jeweiligen Heimatlandes. Die Unterrichtszeit dieser Kurse variiert zwischen 5 und 10 Wochenstunden. Die Entscheidung darüber, ob dieser Unterricht innerhalb oder außerhalb des Verantwortungsbereichs der deutschen Kulturverwaltung abgehalten wird, liegt im Ermessen der einzelnen Bundesländer.⁹⁶⁾

So die offiziellen Bestimmungen; wie ungenügend die Schulausbildung der Gastarbeiterkinder jedoch ist, zeigen jüngste Veröffentlichungen zur Schulsituation dieser Kinder.

Einer Statistik für Baden-Württemberg von 1970 zufolge besuchen etwa 92% der Kinder aus Anwerbeländern die Grund- und Hauptschule, die Realschule besuchen etwa 2,5%, das Gymnasium 2,3% und die Sonderschule etwa 2,8%. In den höheren Schulen sind Jugoslawen im Vergleich zu den anderen Gastarbeiter-Nationen überdurchschnittlich vertreten; Realschule 3,1%, Gymnasium 5,9%. Ähnlich wie die Schulverhältnisse in Baden-Württemberg liegen sie auch in den übrigen Bundesländern.⁹⁷⁾ Der Volks- oder Hauptschulabschluß bildet folglich in überwiegendem Maße den Ausgangspunkt für die spätere Berufsausbildung der Gastarbeiterkinder. Einer Statistik in Nordrhein-Westfalen zufolge haben nun 1968/69 60,4% der ausländischen Kinder diesen Schulabschluß nicht erreicht; die Befähigung zum Besuch der Fachoberschule (Klasse 10) erhielten 1,9%.⁹⁸⁾ Neuere Statistiken zeigen ein ganz ähnliches Bild. Die AV-Information von 1972 spricht sogar von 68% der Gastarbeiterkinder, die den Hauptabschluß nicht erreichten. Das weit über dem Durchschnitt deutscher Arbeiterkinder liegende Bildungsdefizit der Gastarbeiterkinder⁹⁹⁾, verglichen mit den Bildungschancen der sog. deutschen 'Mittelschicht'kinder, hat zur Folge, daß Gastarbeiterkindern in hohem Maße eine qualifizierte Berufsausbildung verschlossen bleibt; ihre überwiegende Chance ist eine Hilfsarbeitertätigkeit.¹⁰⁰⁾

Noch weit unbefriedigender ist die Berufsschulsituation der Gastarbeiterjugendlichen; 1971 kamen weniger als 10% ihrer Berufsschulpflicht nach. Auch die Vorschul- und Kindergartenversorgung der Gastarbeiterkleinkinder ist mangelhaft.

Die Ursachen für die Bildungsmisere der Gastarbeiterkinder und -jugendlichen sind zahlreich und lassen sich in verschiedene Problemkomplexe aufteilen:

- a) die Ausländerpolitik der Bundesregierung;
- b) die Schulpolitik der verschiedenen ausländischen Regierungsstellen in der BRD;
- c) Probleme sozio-kultureller und psychologischer Natur der Gastarbeiterkinder, ihrer Eltern, der ausländischen Lehrer und der deutschen Lehrer;
- d) im deutschen Bildungssystem begründete Ursachen.

zu a) Die Ausländerpolitik der Bundesregierung wurde bereits weiter oben behandelt.

zu b) Die Schulpolitik der ausländischen Regierungsstellen stellt sich als Teil der Gesamtpolitik der Entsendeländer in Fragen ausländischer Arbeitnehmer dar und entsprechend werden Integrationsbemühungen von deutscher Seite ins deutsche Schulsystem von den einen als Schwerpunkt gewertet, von den andern abgelehnt.

Dem schulpolitischen Konzept der italienischen Regierung zufolge, das der Entschließung des Europarates vom 27.11.1970 entspricht¹⁰¹⁾ liegt der Besuch der deutschen Schulen vor allem im Interesse der Kinder selbst, "da es unmöglich ist, außerhalb eines Milieus aufzuwachsen, in dem sie aufgenommen wurden

und in dem zunächst ein Teil dieser Kinder weiterhin leben wird, um einer produktiven Tätigkeit nachzugehen." ¹⁰²⁾ In einem jährlichen Bericht zur schulischen Situation der italienischen Kinder der BRD dokumentiert die italienische Botschaft sowohl ihre Bereitschaft zur Kooperation mit den deutschen Schulbehörden wie auch ihr eigenes schulpolitisches Konzept, das darauf abziele, "ein funktionsfähiges Strukturprogramm zu verwirklichen, das die Grundlage für eine vollwertige Eingliederung unseres Nachwuchses in die deutsche Umgebung bilden und den Kindern zugleich eine ebenso vollwertige Wiedereingliederung im Herkunftsland ermöglichen soll." ¹⁰³⁾ Mit einem am 3.3.1971 erlassenen italienischen Gesetz (Nr. 153) wird die volle gesetzliche Anerkennung - im Bereich der Grund- und weiterführenden Schulen - des an einer ausländischen Schule erworbenen Zeugnisses garantiert, so daß im Falle der Rückkehr nach Italien eine ununterbrochene schulische Ausbildung möglich ist.

In den Zuständigkeitsbereich der italienischen Behörden fallen die Kurse für italienische Sprache und Kultur; den Unterricht übernimmt ein italienischer Lehrer, Lehrpläne werden vom Schulinspektorat in Zusammenarbeit mit verschiedenen Schulabteilungen erstellt. Die erzielten Ergebnisse dieser Kurse, wie die der Übergangsklassen waren für 1971 zufriedenstellend. Für die Kindergarten- und Vorschulbetreuung erstrebt die italienische Regierung "in das Gefüge der lokalen Kindergärten planvoll eingegliederte deutschitalienische Gruppen" ¹⁰⁴⁾, doch stehen diesem Ziel besonders Raum- und Personalmangel hindernd entgegen.

Als vorerst einzige Vertretung der Anwerbeländer vertritt die italienische Botschaft in ihrem letzten Schulbericht die Auffassung, die Chancen des deutschen Bildungssystems für italienische Kinder zugänglicher zu machen, nachdem die Zahl der jährlich zurückkehrenden italienischen Kinder seit 1969 mit rund 5,4% relativ niedrig liegt, und die Rückgliederung in italienischen Schule verhältnismäßig reibungslos verlief.¹⁰⁵⁾

Das seit 1970 bekundete Interesse der jugoslawischen Regierung an der schulischen Integration ihrer Arbeitnehmerkinder in der BRD stand offensichtlich im Zusammenhang mit der steil ansteigenden Zahl der in der BRD beschäftigten jugoslawischen Arbeitnehmer, für die es 1970 noch keine absehbare Rückkehrmöglichkeit gab, da weder genügend noch ausreichend dotierte Arbeitsplätze in Jugoslawien vorhanden waren.¹⁰⁶⁾ Da jedoch in jüngster Zeit Rückgliederungsmaßnahmen von jugoslawischer Seite aus geplant sind,¹⁰⁷⁾ wird in absehbarer Zeit auch mit einer Schwerpunktverlagerung in der schulpolitischen Konzeption der jugoslawischen Botschaft zu rechnen sein.

Als schulpolitisches Ziel verfolgt die griechische Regierung die Errichtung griechischer Schulen in der BRD und benutzt dazu, da der Aufbau nationaler privater oder öffentlicher Schulen gemäß dem Beschluß der Kultusministerkonferenz von 1964 nicht zulässig ist, die Einführungsklassen. Vielfach erhalten griechische Kinder in den Einführungsklassen Zeugnisse der "Königlich griechischen Botschaft", die den Besuch der "griechischen Schule bestätigen".¹⁰⁸⁾ In vielen griechischen Vorbereitungsklassen wurde der Besuch der Kinder weit über den vor-

gegebenen Rahmen von 1-2 Jahren hinaus verzögert und vorwiegend wird griechischer Lehrstoff unterrichtet. Die griechischen Lehrer, die dem Zuständigkeitsbereich der deutschen Kultusministerien unterliegen, werden außerdem von Griechenland besoldet und unterliegen zudem der Aufsicht griechischer Behörden in der BRD. Wie vor einiger Zeit bekannt wurde, sind "die von den Juntabehörden entsandten Lehrer darüber hinaus in ein straffes System von kontrollierten Aufträgen und Rapporten eingereiht".¹⁰⁹⁾

Gleichfalls interessiert am Aufbau nationaler Schulen, jedoch in der Strategie weniger aggressiv, sind die spanischen Behörden. Sie werben in Spanien für die Errichtung spanischer Schulen in der BRD, um möglichst viele Sympathisanten zu mobilisieren und der Bundesregierung dann den eigenen Wunsch als Forderung der spanischen Nation legitim vortragen zu können.¹¹⁰⁾

Das Verhalten der türkischen Regierungsstellen in der BRD in Fragen der Schulpolitik schwankt zwischen Interesselosigkeit und bürokratischer Starrheit: einerseits blieben die Versuche deutscher Schulverwaltungen, geeignete türkische Lehrkräfte zur Mitarbeit in Vorbereitungsklassen und zum Unterricht in türkischen Kursen offiziell vermittelt zu erhalten, lange Zeit erfolglos, andererseits darf kein türkischer Lehrer von der deutschen Schulverwaltung eingestellt werden, der nicht direkt aus der Türkei offiziell vermittelt wurde.

Zu diesem für die fünf Gastarbeitergruppen in der BRD spezifischen Problembereich, der schulischer Integration und schulischem

Erfolg der Gastarbeiterkinder großteils hindernd entgegensteht, kommen weitere, integrationshemmende Problemkomplexe.

- zu c) Als erstes zu nennen sind die Interessen der am Komplex "Schulbildung" direkt beteiligten Personengruppen, deren unterschiedlich gelagerte psychisch-soziale Struktur unterschiedliche Interessen erzeugt: ausländische Eltern, ausländische Lehrer und deutsche Lehrer.

Gastarbeiter, die einem Gesellschaftssystem mit vorwiegend patriarchalischer Familienstruktur entstammen, ziehen häufig ihre Kinder zu Früh- und Hausarbeit heran (Beaufsichtigung jüngerer Geschwister oder leichte Lohnarbeit) und empfinden den Schulbesuch der Kinder daher als lästig.¹¹¹⁾ Für einen Großteil der Gastarbeiter sind jedoch die ihr Verhältnis zur deutschen Schule bestimmenden Faktoren mangelnde Vorbereitung auf bildungsbedingte und berufliche Anforderungen hochindustrialisierter Gesellschaften, fehlende Information zum deutschen Schul- und Ausbildungssystem und ständige Unsicherheit in bezug auf die Dauer ihres Aufenthalts in der BRD.¹¹²⁾ Neben der aufenthaltsrechtlichen Verbesserung der Gastarbeiter erscheint den oben genannten Autoren die umfassende Information der Gastarbeiter über Erfordernisse industrieller Gesellschaften, über das deutsche Ausbildungssystem, das Erwecken von Interesse und Verständnis für die Arbeit und die Schwierigkeit der deutschen Schule und für die Institution des Elternbeirats als wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der gegenwärtigen Bildungsmisere der ausländischen Kinder.¹¹³⁾

Eine verbesserte Vorbereitung der ausländischen Lehrer auf ihre Aufgabe in der BRD

zeichnet sich ab seit dem Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 3. Dez. 1971 (Abschnitt 5.2), der forderte, ausländische Lehrer über das deutsche Schul- und Ausbildungssystem zu informieren.¹¹⁴⁾ In jüngster Zeit veranstalteten die spanische, griechische und italienische¹¹⁵⁾ Botschaft Lehrerfortbildungstagungen zur Vermittlung neuer pädagogischer und methodischer Forschungsergebnisse. Auch der Gruppenbeitritt italienischer und spanischer Lehrer zur GEW in Frankfurt am Jahresende 1971/72¹¹⁶⁾ läßt eine Umorientierung erkennen von der Verfolgung ehemals individueller oder nationaler Interessen zur gewerkschaftlich orientierten Interessenvertretung eines bestimmten Berufsstandes über nationale Grenzen hinweg.

Noch immer unvorbereitet auf die Aufnahme von Gastarbeiterkindern in die deutsche Schule zeigen sich die meisten deutschen Lehrer: ohne Erfahrung in Fachdidaktik "Deutsch als Fremdsprache", wenig informiert über die Gesamtsituation der Gastarbeiter (sowohl über deren Lage in den Herkunftsländern wie in der BRD), in psychologisch-didaktischer und unterrichtsorganisatorischer Hinsicht in ihrer bisherigen Praxis empfindlich gestört, treffen sie zur Bewältigung der neuen Situation meist Maßnahmen "defensiven Charakters".¹¹⁷⁾ Erschwerend kommt hinzu, daß die Institution Schule und die deutschen Lehrer sich zu einer Zeit mit dem Problem 'ausländische Kinder' konfrontiert sehen, in der das deutsche Schul- und Ausbildungssystem selbst im Umbruch begriffen ist. Seit 1972 wird versucht, durch Sondertagungen und Kurse deutsche Lehrer mit ihrer neuen Aufgabe vertraut zu machen¹¹⁸⁾ (an der PH und der Universität Frankfurt werden seit 1972

Studenten auf ihre zukünftige veränderte Schulpraxis vorbereitet.¹¹⁹⁾

- zu d) Einen weiteren integrationshemmenden Problembereich bilden die sog. "Sachzwänge", im deutschen Bildungs- und Gesellschaftssystem allgemein und im Bildungsbereich für Gastarbeiterkinder im besonderen begründet, die Schul- und Berufserfolg erheblich beeinträchtigen: "Bildungs- und Sprachbarrieren", Kapazität und Qualität der Vorbereitungsklassen und des deutschen Unterrichts, Lehrmethoden und Lehrmaterial.

Die Bildungsbedingungen für die Gastarbeiterkinder aufgrund ihrer sozialen 'Schicht'-zugehörigkeit, sind in zweifacher Weise ungünstig: 1.) Sie haben mit einer aus ihrer 'Schicht'zugehörigkeit resultierenden Diskriminierung als Angehörige der "Unterschicht" im deutschen Bildungssystem zu rechnen; und 2.) Zu den sozial bedingten Bildungsbarrieren kommen in zweifacher Weise "Sprachbarrieren": Ein Großteil der Gastarbeiterkinder spricht nur unzureichend deutsch und wenn sie deutsch sprechen, dann vorwiegend - milieubedingt - die Sprache der deutschen "Unterschicht".¹²⁰⁾ Zu diesen äußerst ungünstigen Bildungsbedingungen kommen erhöhte Anforderungen, die an die ausländischen Kinder gestellt werden, und sie in zweifacher Weise belasten:¹²¹⁾ nicht nur den Ansprüchen der deutschen Lehrpläne ist zu genügen, zusätzlich sind Leistungen im nationalen Unterricht zu erbringen, um eine Anerkennung der Schulbildung im Heimatland bei eventueller Rückkehr zu garantieren.¹²²⁾ Zweisprachige Erziehung, sowie "Leben in zwei Welten" mit unterschiedlicher familiärer und gesellschaftlicher Struktur und unterschiedlichen Normen und Werten kann bei psychisch und physisch labilen Kindern zu schweren Störungen

gen der Ich- und Identitätsentwicklung und zu psychisch-intellektueller Fehlentwicklung führen.

In den industriellen Ballungszentren hat die Aufnahmekapazität der Vorbereitungsklassen, wie die der deutschen Klassen schon ihr Maximum erreicht;¹²³⁾ die Frequenzen der Vorbereitungsklassen in Frankfurt sind überdurchschnittlich hoch, der Anteil der ausländischen Schüler in deutschen Klassen beträgt über 50%. Zur zahlenmäßigen Überbelastung kommen ungenügende Organisation der Vorbereitungsklassen, zu wenige, häufig noch unvorbereitete Lehrer, ineffektive Lehrmethoden und ungenügendes Lehrmaterial.¹²⁴⁾

In der Erkenntnis dieser Notsituation wurden im Frühjahr 1972 von interessierten Arbeitsgruppen auf einer Tagung erste Verbesserungsvorschläge zur Neukonzeption von Lehrmaterialien und Unterrichtsmethoden vorgelegt.¹²⁵⁾ In der Orientierung an einem ausgewählten Kriterien-Katalog zur Lernzielbestimmung und Lehrmittelherstellung sehen die Autoren die Möglichkeit eines effektiven Unterrichts für Gastarbeiterkinder; zur Lernzielbestimmung heißt es u.a.: "Das ausländische Kind soll seine Situation mit den Mitteln der deutschen Sprache bewältigen lernen... Es empfiehlt sich, zur Auslösung sprachlicher Kommunikation von prototypischen Situationen des täglichen Lebens auszugehen (z.B. Ghetto-Situation, Schlüsselkind-Situation, Wohnverhältnisse, Verhältnis zu deutschen Kindern u.a.), die so problemhaltig sind, daß sie die Schüler zu Stellungnahmen und Äußerungen provozieren. (Ein Katalog von 15-20 derartiger Situationen dürfte zur Konkretisierung wesentlicher sprachlicher Rollen ausreichen.) Derartige problemorientierte Themenbereiche ergeben sich primär aus unmittelbaren Kommunikations- und Interaktionsbedürfnissen im außerschulischen und schulischen Erfahrungsbe-

reich... Dabei ist darauf zu achten, daß die in solchen Primärsituationen erworbenen sprachlichen Fertigkeiten durch Transfer- und Erweiterungsübungen die Schüler in die Lage versetzen, auch am Unterricht in entsprechenden deutschen Lerngruppen teilzunehmen...

Da das sprachliche Verhalten der Schüler mehr ist als das Äußern von Sätzen und Wörtern (Hervorhebung von mir), müssen die Redeanlässe so konkret sein, daß sie in der Lernsituation räumlich-anschaulich und im unmittelbaren Handlungsvollzug erfahren werden; ... z.B. durch Rollenspiel." Entsprechend der Lernzielbestimmung sind auch Lehrmaterialien zu konzipieren, ausgehend "von natürlichen Äußerungen, die im Sinne einer lernpsychologischen und linguistisch begründeten Progression als Satzmuster gefestigt werden können... Didaktisch bietet sich die direkte Methode in besonderer Weise an. Der auszuwählende Grundwortschatz muß der Alltagssprache entnommen sein und unmittelbar den Kontakt mit der deutschen Umwelt ermöglichen."

Das Unterrichtswerk soll von Kernsätzen oder Satzbaumustern in vereinfachter Syntax ausgehen. Die Grammatik ist erst im Laufe der Sprachgewöhnung aus der erfahrenen Sprache abzuleiten.

Identifikationsmöglichkeiten mit Personen und Nachvollziehbarkeit von Handlungen und Situationen des Lehrwerks muß gegeben sein."

Der auszugsweise vorgestellte Programmentwurf basiert auf der Konzeption von Sprache als dem zur personalen und sozialen Identität wesentlichsten Kommunikationsmittel, d.h. "Sprachlosigkeit" blockiert in erheblichem Maße die psychische, intellektuelle und soziale Entwicklung. Zur Lösung individueller und sozialer Konflikte spielt die Beherrschung von Interaktions- und Kommunikationsmuster der sozialen Umwelt

eine entscheidende Rolle. Dieser Erkenntnis trägt die Tatsache Rechnung, daß Sprache nicht reduziert wird auf ein kontextfreies regelgeleitetes Konstrukt, dessen Darstellung und Erläuterung Ziel der Sprachvermittlung wäre, sondern Sprache wird in verschiedenen Interaktionen aus der Sicht verschiedener sozialer Rollen als verschieden zu gebrauchendes Ausdrucks- und Handlungsmedium erfahren; erst danach folgt die Erklärung dessen, was erfahren wurde. Spracherfahrung und Sprachlehre stehen so in einem ständigen wechselseitigen Bezugsverhältnis, dessen Inhalte sich bei Varianten des Spracherfahrungsbereichs ständig ändern und erweitern.

4. INSTITUTIONEN, DIE SICH MIT SCHUL- UND AUSBILDUNGSPROBLEMEN DER GASTARBEITER IN DER BRD BESCHÄFTIGEN.¹²⁶⁾

4.1 Seit 1970 beschäftigen sich die Gewerkschaften mit dem Schulproblem der Gastarbeiterkinder. Die Gewerkschaft I G - M e t a l l hat einen Ausbildungsplan für Gastarbeiterkinder entworfen und eine "Ad-hoc-Kommission für den Schulunterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer" gegründet. Der Leitgedanke dieser - mir im Detail nicht bekannten - Initiativen ist die Erkenntnis, "daß Ausgangspunkt aller Überlegungen für die Lösung der Schulprobleme der ausländischen Arbeiterkinder die Übernahme der Verantwortung für diese Kinder durch die deutsche Schule sein muß".¹²⁷⁾

Auch die G E W veröffentlicht seit 1970 Stellungnahmen zum Schulproblem der ausländischen Kinder. Das zu Beginn recht uneinheitliche Meinungsbild (besonders zur Frage, ob der Integration ins deutsche Schulsystem oder der Aufrechterhaltung der kulturellen Eigenständigkeit der Gastarbeiter-Nationen Vorrang gegeben werden sollte) hat sich 1972 stark geklärt: als tonangebend in den verbandsinternen Veröffentlichungen erscheint die Auffassung, die auf dem "pädagogischen Fazit" R. Kochs beruht: "Die ausländischen Kinder und

Jugendlichen haben das gleiche Recht auf Schul- und Berufsausbildung wie die deutschen Kinder... Die Barrieren sind zu beseitigen und die notwendigen Voraussetzungen für die Chancengleichheit sind zu schaffen."¹²⁸⁾

4.2 Das Goethe-Institut in München hat im August 1972 eine "Bundesstelle für den Deutschunterricht ausländischer Arbeitnehmer" eröffnet. Geplant sind Einführungskurse für Lehrer, die ausländische Arbeitnehmer unterrichten; zu einem späteren Zeitpunkt sollen auch Kurse für ausländische Arbeitnehmer durchgeführt werden.¹²⁹⁾ Weiterhin soll die Zentralstelle Vorhaben im Bereich der Unterrichtsmaterialerstellung und Kursentwicklung für Gastarbeiter bundesweit koordinieren. Adresse: Dr. E.H. Brand, Goethe-Institut, 8000 München 40, Ohmstr. 8.

4.3 Das Schulpraktische Institut der Freien Hansestadt Bremen hat eine Beratungsstelle "Deutschunterricht für fremdsprachige Kinder" eingerichtet, die in besonderem Maß auf Anliegen der Gastarbeiterkinder ausgerichtet ist. Adresse: Heinz Bolte, Schulpraktisches Institut der Freien Hansestadt Bremen, 2800 Bremen, Humboldtstr. 183.

4.4 Das Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht in München hat seit 1972 die Aufgaben einer Koordinations-, Organisations- und Informationszentrale übernommen zur Erstellung eines Sprachlehrwerks für Kinder anderer Muttersprache im Medienverbundsystem. Auftraggeber sind seine Gesellschafter, die Kultusministerien der Bundesländer. Das Institut arbeitet eng mit dem Goethe-Institut zusammen. Die O-Nr. der Schriftenreihe des Instituts "AV-Information" erschien 1972 und berichtet neben statistischen Angaben u.a. über "Initiativen zur außerschulischen Hilfe für Gastarbeiterkinder", mit genauen

Zielbeschreibungen dieser Initiativen und Adressenangaben der Verantwortlichen, über Unterrichtswerke, Lehrerausbildung, und gibt einen Kurzbericht über die Tagungen vom 20.-25.2.72 "Bildungschancen der Gastarbeiter" an der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach und dem Symposium "Deutsch für ausländische Arbeitnehmer und deren Kinder" im Internationalen Haus Sonneberg vom 19.-23.4.72. Aus der Kritik an bestehenden Unterrichtsmaterialien und Programmen gehen eine Reihe exakt formulierter Forderungen hervor, die für einen neuzukonzipierenden Deutschunterricht für ausländische Kinder aufgrund neuester erziehungswissenschaftlicher und didaktischer Erkenntnisse unerlässliche Bedingungen sind. Adresse: Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, 8022 Grünwald bei München, Bavaria-Film-Platz 3.

4.5 Im Soziologischen Seminar der Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt/Main wird seit sechs Semestern der Deutschunterricht für Gastarbeiterkinder untersucht.¹³⁰⁾ Als Kritik an den vorgefundenen Lehrmaterialien für Gastarbeiterkinder läßt sich zusammenfassen: Es wird ein harmonisches, naiv-idealisiertes stereotypes Bild der deutschen Familie vorgestellt (z.B. Lesebuch: "Kinder lernen Deutsch".), was eine hohe Diskrepanz zwischen Sprache und Erlebnisswelt der Schulbücher und Sprache und Erlebnisswelt der Adressaten zur Folge hat. Was an Sprache geboten wird, dient nicht der Verwendbarkeit in möglichen Kommunikationssituationen der Gastarbeiterkinder, sondern der Einschüchterung, dem Ausschluß der Gastarbeiterkinder aus der Welt des Lesebuch-Deutschen."¹³¹⁾ Neben Schulbüchern dieser Art gibt es in neuerer Zeit solche, die mehr vom Erfahrungsbereich der Gastarbeiterkinder auszugehen scheinen (Ankunft in Deutschland, Bahnhof, Spielen auf der Straße usw.) und einfache Redewendungen, imperativische Satzmuster und Frage-Antwort-Muster einführen. Die summari-

sche Kritik an diesen Büchern lautet: "Die präformierte Sprache dieser Lehrbücher (schränkt) die Kommunikationsmöglichkeiten der Kinder so weit ein, daß sie in dieser Sprache nur Befehle empfangen, stereotype Antworten geben und sinnlose Fragespiele wie "Ist das deine Mutter? Ist das dein Bruder, deine Schwester?" ableiern können."¹³²⁾

Ausgehend von der Kritik an vorhandenen Lehrmaterialien wird in Frankfurt geplant, ein Sprachlehrbuch zu verfassen: Grundlage soll die reale Umwelt der Kinder sein; sie sollen lernen, Fragen zu stellen, Meinungen zu begründen, Gefühle auszudrücken und Konflikte auszutragen. Zur Verbesserung der Lernmotivation werden die Geschichten des Buches soweit wie möglich die frühere Erlebniswelt des Kindes einbeziehen; das Kind muß auf bereits Gelerntes zurückgreifen können. Als Konsequenz ergibt sich, daß Unterrichtsbücher nach Alter und Nationalität der Gastarbeiterkinder unterschiedlich zu konzipieren sind. Ein 'kontrastives Sprachprogramm', das im Vergleich von Muttersprache und deutscher Sprache die ähnlichen und unterschiedlichen Sprachstrukturen erhellt, soll im Rückgriff auf bereits Gelerntes die Lernerfolge im Deutschen steigern helfen.

4.6 Abschließend sei noch kurz ein Sprachkursmodell kritisch vorgestellt, das der Arbeitskreis "Deutsch am Arbeitsplatz", der von einigen Dozenten des Goethe-Instituts aus privater Initiative gegründet wurde, entwickelt hat, und das "Adressaten ohne höhere Schulbildung in kurzem Zeitraum ein Minimum an sprachlichen Möglichkeiten vermitteln will."¹³³⁾ Der vorgestellte Grundlehrgang soll zum Fremdsprachenpaß der Volkshochschule hinführen; die Konzeption orientiert sich an den Arbeitsplatzgegebenheiten, die den ausländischen Arbeitnehmer in der BRD erwarten. D.h., die Auswahl der vorgestellten Strukturen richtet sich nach den hier beobach-

teten Frequenzen von Satztypen: An erster Stelle steht der Imperativ mit weitaus höchster Frequenz; gefolgt vom einfachen Fragesatz, als Rückfrage auf den vorhergehenden Imperativ, während die "Aussage erst in gewissem Abstand folgt."¹³⁴⁾ Die so gegebene Notwendigkeit der Strukturauswahl mit Vorrang des Imperativs "der am Arbeitsplatz am Anfang jeder Kommunikation steht,"¹³⁵⁾ wird von den Autoren zwar bedauert; ohne jedoch nach ökonomischen, sozialen, psychischen u.a. Ursachen und Bedingungen dieser scheinbar so besonders gelagerten Sprachsituation¹³⁶⁾ zu fragen, wird die zunächst bedauerte Realität schnell "verharmlost" in der Ansicht, daß motorische und sprachlich richtige Reaktion auf Imperative dem ausländischen Arbeitnehmer Sicherheit am Arbeitsplatz mit seinen Anforderungen bringt, ihn daher "mit Selbstbewußtsein erfüllt und ihn motiviert zum Kennenlernen seiner Umwelt" (Hervorhebung von mir).¹³⁷⁾

Der Kurs, der vorwiegend audio-lingual/audio-visuell arbeitet, scheint unter dem Aspekt der geeigneten methodisch-didaktischen Konzeption erfolgversprechend zu sein. Doch ist sein Ziel, wie das eines Großteils der Lehrmaterialien, Anpassung und möglichst problemlose Eingliederung der ausländischen 'Schüler' in ihren aufgrund ihres sozio-ökonomischen Status zugewiesenen Arbeitsplatz im industriellen Produktionsprozeß. Ohne Problematisierung wird die Beherrschung der in diesem Bereich notwendigen sprachlichen Äußerungen angestrebt. Auch die geplante Stoffweiterung in späteren Kursen, der Einbezug neuer Situationen wie Wohnungssuche, Ausbildung der Kinder u.a., schließt den Effekt der Anpassung in vorgegebene Verhältnisse nicht aus, wenn nicht, neben der notwendigen sprachlichen Bewältigung dieser durch die Verhältnisse bestimmten Gegebenheiten eine, diese Verhältnisse erklärende und relationierende, kognitive und sprachliche Schulung tritt, die sowohl die sog. 'Realität' selbst, wie deren sprachliche Verarbeitung als historisch gewachsen und daher grundsätzlich veränderbar versteht.

A n m e r k u n g e n:

- 1) Diesen Hinweis verdanke ich Mitarbeitern des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.
- 2) a.a.O., S. VIII
- 3) vgl. Kap. 3.2, 3.4
- 4) vgl. J.A. Klee: Gastarbeiter als Subproletariat.
- 5) a.a.O., S. 9
- 6) In jüngster Zeit gibt es in der BRD Initiativen, die diese Forderung zum Ausgangspunkt ihrer Konzeption von Lehrmaterialien und Unterrichtsprogrammen machen, vgl. unter Kap. 4.
- 7) Dieser Sprachbegriff und seine Implikationen kann hier nur angedeutet werden, eine ausführliche Darlegung und Diskussion bleibt einer späteren Arbeit vorbehalten.
- 8) vgl. AV-Information, 1972, S. 3ff.
- 9) vgl. AV-Information, S. 3, TV-Report vom 9.6.72, R. Koch, Anmerkung 1, S. 13.
- 10) vgl. dazu Ministerpräsident Filbinger in seinem Regierungsbericht 1971: In Baden-Württemberg arbeiten die Ausländer zu drei Vierteln im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe und erfüllen Aufgaben, "für die deutsche Arbeitnehmer kaum noch zu gewinnen sind", zitiert nach Klee, 1972, S. 25.
- 11) vgl. dazu Becker/Dörr/Tjaden: Fremdarbeiterbeschäftigung im deutschen Kapitalismus; in: Das Argument 68, 1971, S. 753. Hier wird ein Überblick über die Fremdarbeiterbeschäftigung seit 1873 in Deutschland gegeben.
- 12) a.a.O.
- 13) vgl. dazu Klee, 1972, S. 29: 300.000 Ausländer mußten 1966/67 kurzfristig das Land verlassen.

- 14) Ministerialdirigent Ernst im Bundesarbeitsblatt 4, 1970, zitiert nach Klee, 1972, S. 32.
- 15) vgl. dazu TV-Beitrag "Gastarbeiter oder Einwanderer?" ZDF, vom 27.2.73.
- 16) vgl. zu diesem Problem bes. Michael Bohnet (Hrsg.): Das Nord-Süd-Problem. Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. München 1971.
- 17) vgl. Bingemer/Meistermann-Seeger/Neubert, S. 62 ff.
- 18) vgl. Anton Sabel: Die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, in: Magnet - Bundesrepublik, Köln/Bonn 1966, zitiert nach Argument 68, 1971, S. 782.
Ein weiteres Argument ist: "die Finanzhilfe durch den Transfer der Löhne der ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer." Die Geldüberweisungen der Gastarbeiter ermöglichen dieser Auffassung gemäß Investitionen und tragen zur Deckung der defizitären Handels- und Zahlungsbilanzen ihrer Heimatländer bei; dazu wird behauptet, daß viele Gastarbeiter an ihrem Arbeitsplatz fachlich so ausgebildet werden, daß sie bei ihrer Rückkehr die mit der fortschreitenden Industrialisierung in ihren Heimatländern steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften decken werden.
- 19) vgl. M. Nikolinakos: Zur Frage der Auswanderungseffekte in den Emigrationsländern; einer umfangreichen Untersuchung entnommen, in: Argument 68, S. 782-799. Am Beispiel Griechenlands wird aufgezeigt, daß die Griechen mit ihren nach Hause geschickten Ersparnissen nicht einmal die nach Griechenland eingeführten deutschen Produkte bezahlen können; d.h. die Geldüberweisungen erweitern die Möglichkeit einer Vergrößerung des Handelsbilanzdefizits zugunsten der BRD durch Steigerung der Exporte. (a.a.O. S. 786). In einer empirischen Untersuchung der OECD wird festgestellt, daß sich die rückkehrenden Gastarbeiter in Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und der Türkei Plätze in den traditionellen Wirtschaftszweigen, im Handwerk oder im Dienstleistungssektor verschaffen, oder sich selbständig machen und ihre Ersparnisse nicht zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes verwenden. Vielmehr dienen die Ersparnisse dazu, den Konsum in den Heimatländern der

Gastarbeiter zu fördern, und zwar den Konsum von Gütern, die zum großen Teil vom Ausland eingeführt werden müssen. Der sog. "Lebensstandard" der Migranten und ihrer Familien wird dadurch zwar erhöht, der 'Konsum-Effekt' kommt jedoch hauptsächlich den Industrieländern, die Gastarbeiter beschäftigen, zugute, da die Konsumgüter vorrangig aus diesen Ländern eingeführt werden (a.a.O., S. 788).

- 20) Dazu ausführlich, S. 169
- 21) vgl. Weber, R.: Einstellung und Politik der Arbeitgeberverbände in: Papalekas (Hrsg.): Strukturfragen der Ausländerbeschäftigung. Bonn 1969, S. 55 ff., zitiert nach Argument 68, S. 798.
- 22) Zum gleichen Ergebnis kommt der Spiegel-Report, Gastarbeiter: Entwicklungshilfe für Reiche, Nr. 48/49/1971.
- 23) vgl. Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland und die internationale Strategie für die zweite Entwicklungsdekade, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1971, S. 14, zitiert nach Argument, S. 764.
- 24) Zum folgenden vgl. den Aufsatz von K.P. Dietzel: Die Rolle der zurückkehrenden Arbeiter in der Entwicklungsstrategie des westdeutschen Imperialismus; in: Das Argument 68, 1971, S. 764-81. Dies ist nur eine verkürzte und vereinfachende Darstellung der sehr komplexen Zusammenhänge, die in den bisher angeführten 'Argument'-Artikeln ausführlich dargestellt werden. Durch den Export von staatlichem wie privatem Leihkapital in die Entwicklungsländer und die daraus erwachsende Verschuldung vergrößert sich der 'Kapital'-Abstand zwischen ökonomisch schwach entwickelten Ländern und Industrienationen: Die Unternehmen der Industrieländer werden nur in solche Länder und Industriezweige investieren, die für sie von Interesse sind im Hinblick auf Gewinnmaximierung und Ausweitung ihrer industriellen Monopolstellung. Die Regierungen der Entwicklungsländer, getragen von oder eng verflochten mit der wirtschaftlich herrschenden Schicht des Landes, vertreten aus eigenem Machtinteresse vorwiegend die Interessen dieser sie tragenden Schicht, was Zuwachs des privaten Gewinns der wenigen Kapitaleigner, Verfestigung und Ausweitung ihrer wirtschaftlichen Machtposition und damit Stabilisierung der gesamten sozio-ökonomischen

Verhältnisse des Landes zur Folge hat. Bei Handels- und Investitionsabkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gewinnen vorwiegend private Interessen; die öffentliche Verschuldung des Entwicklungslandes - infolge zunehmender Zahlungsbilanzdefizite, Erhöhung der Importe usw. - wächst und verstärkt die ökonomische Abhängigkeit des Landes von dem investierenden Entwicklungsland.

- 25) J.D. Illich: Geplante Armut als Frucht technischer Hilfe, in: M. Bohnet (Hrsg.): Das Nord-Süd-Problem. München 1971, S. 197-206. Von verschiedenen Aspekten wird das Industrie - Entwicklungsländer-Problem beleuchtet, das als Grundproblem von fast allen Autoren ähnlich gesehen wird.
- 26) Als Beispiele führt Illich u.a. an: Die Übersetzung von Durst in Coca-Cola, das Verlangen nach Kühlschrank und schnellem Auto, obwohl oft Stromversorgung und Straßenausbau noch in Anfängen stecken, usw., S. 201, 199.
- 27) vgl. hierzu den Großteil der Autoren dieser Sammelbände - Nachträglich ist in diesem Zusammenhang auf den Ende 1973 ausgebrochenen Öl-Konflikt zwischen den Industrienationen und den arabischen Staaten hinzuweisen.
- 28) Zum folgenden vgl. Fritz Franz: Die Rechtstellung der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: Klee 1972, S. 36-58. ders. Rückfall in den Polizeistaat, in: Leudesdorff/Zilleßen, S. 50-61. Es war nicht möglich, die schwer erreichbaren Materialien der Bundesanstalt für Arbeit selbst gründlich zu sichten und die Richtlinien des Bundesministeriums für Arbeit selbst auszuwerten.
- 29) Daß die Rechtspraxis oft ganz anders aussieht, mögen einige Beispiele zeigen: Das Bundesverwaltungsgericht erklärte die *v i e r f a c h e* Schankerlaubnisbesteuerung eines ausländischen Gastwirts für Rechtens; vgl. Klee, S. 38. In einer Hotelfachzeitschrift wird empfohlen ausländischem weiblichem Personal nur befristete Arbeitsverträge zu geben, um beim Eintreten der Schwangerschaft dem Kündigungsverbot des Mutterschutzgesetzes zu entgehen. a.a.O. Einem Münchner Gastwirt, der Ausländern den Zutritt zu seinem Lokal verbietet, bestätigte die Staatsanwaltschaft die "Straflosigkeit seines Tuns, weil Ausländer nicht Teil der Bevölkerung seien". FAZ vom 30.10.1970,

- S. 9 und vom 19.11.1970, S. 9, zitiert nach Klee 1972, S. 38.
- 30) Die politische Benachteiligung betrifft besonders die ausländischen Geschäftsbesitzer, die hohe Steuern zahlen, aber keinen Einfluß auf politische Entscheidungen auf Kommunal- oder Landesebene haben. Von verschiedenen Seiten wird für ausländische Arbeitnehmer das kommunale Wahlrecht gefordert, vgl. Interview mit OB von Frankfurt, R. Arndt, TV-Sendung vom 9.6.72. Über erste Erfolge des Mitspracherechts in der Kommunalpolitik in Troisdorf b. Bonn vgl. Mannheimer Morgen Nr. 127 vom 6.6.1972, S. 10.
 - 31) Der Nicht-EWG-Ausländer, das sind alle Gastarbeiter außer Italienern, genießt nicht die Vergünstigungen des Ausbildungsförderungsgesetzes und des Arbeitsförderungsgesetzes.
 - 32) vgl. Kloesel/Christ: Deutsches Ausländerrecht. Kommentar B 2.4 "Allgemeines", zitiert nach Klee 1972, S. 39.
 - 33) a.a.O.
 - 34) vgl. Leudesdorff, S. 55.
 - 35) vgl. Leudesdorff, S. 59
 - 36) Zur sehr weit gespannten Interpretation "staatlicher Belange" vgl. Leudesdorff, S. 55/56.
 - 37) Die oft von Willkür bestimmte Praxis der Verwaltung wurde in einigen Veröffentlichungen allzu deutlich; vgl. Leudesdorff, S. 59.
 - 38) vgl. Kanein: Kommentar Anm. C3 zu § 2 S. 46, zitiert nach Leudesdorff, S. 57.
 - 39) vgl. Gastarbeiter leiden unter Rechtsunsicherheit. Artikel im Mannheimer Morgen Nr. 16 vom 20./21.1.73, S. 18. Ähnlich Papalagos: Der Arbeitgeber 1971, S. 389 f., Weber: Auslandskurier, 1970, S. 10 ff, zitiert nach Klee, S. 41, Anm. 21, vgl. auch derzeitigen Versuch Bayerns das Rotationsverfahren zu testen.
 - 40) vgl. Klee, 1972, S. 41.
 - 41) vgl. §§ 1, 2 der Verordnung über die Arbeitsplatzs für nichtdeutsche Arbeitnehmer vom 2.3.71. S. 152.

- 42) vgl. Klee 1972, S. 44, Anm. 40.
- 43) vgl. Klee 1972, S. 45, Erl. 3 zu § 2 Ausl.-Gesetz.
- 44) vgl. Klee, S. 57.
- 45) 'Die Zeit' vom 6.4.73, S. 1.
- 46) Für 1971/72 konnte ich keine ausführliche Statistik erhalten; die grob geschätzte Zahl der ausländischen Arbeitnehmer 1973 beträgt 3 Millionen.
- 47) vgl. TV-Sendung vom 14.3.73 ARD, 20.15 Uhr; besonders gefährdet sind Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt und München; hier haben sich ganze Ausländerviertel gebildet. Rudi Arndt, OB Frankfurt sprach von "Klein-Chicago", in dem jeder zehnte Einwohner und jeder vierte Arbeitnehmer Ausländer ist. Vgl. auch 'Die Zeit', 6.4.73, S. 1: Nigger, Kulis oder Mitbürger? Sozialproblem Nr. 1: die Gastarbeiter.
- 48) Quelle: Einführungsbericht der BfA: Ausländische Arbeitnehmer 1971.
- 49) vgl. Argument 72, S. 752.
- 50) vgl. TV-Sendung 9.6.72.
- 51) vgl. Statistik der BfA 1969/70, zitiert nach Leudesdorff, S. 117.
- 52) vgl. die Untersuchung von E. Taliani, in: Leudesdorff, S. 69-97. Daß bei der Untersuchung auch Algerier befragt wurden, die als Gastarbeiter in der BRD ausscheiden, verändert das statistische Ergebnis nicht, da, nach Nationen aufgeschlüsselt, für alle Gruppen ein sehr ähnliches Resultat erzielt wurde.
- 53) Zum folgenden vgl. Bingemer u.a., S. 92-100; bei Bingemer u.a. werden Jugoslawen nicht berücksichtigt.
- 54) vgl. Argument, S. 751.
- 55) vgl. Bingemer u.a., S. 98-99.
- 56) vgl. Bingemer u.a., S. 144 ff.
- 57) Über die Schwierigkeit ausländischer Arbeitnehmer eine "entsprechende" Wohnung zu finden vgl. weiter unten.

- 58) vgl. Klee, S. 46.
- 59) BVerfG., Beschluß vom 4. Mai 1971, S. 1509.
- 60) vgl. Bingemer u.a., S. 135; TV-Sendung vom 9.6.1972, vgl. Spiegel Nr. 43, 1970.
- 61) Zitat aus der Süddeutschen Zeitung vom 15.2.73, S. 5. Die Untersuchung wurde vom Institut für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik der Universität Bochum durchgeführt.
- 62) in: Arbeitgeber 6, 1966, zitiert nach Klee 1972, S. 26.
- 63) vgl. TV-Sendung 9.6.1972.
- 64) vgl. TV-Sendung vom 14.3.73.
- 65) zum folgenden vgl. Bingemer u.a. S. 153 ff.
- 66) dazu Bingemer S. 156.
- 67) vgl. Kap. Kriminalität.
- 68) S. 156.
- 69) Bingemer S. 156.
- 70) vgl. Bingemer u.a. S. 164.
- 71) Gestärkt wird dieses Vorurteil durch Kriminalstatistiken, die ein verzerrtes Bild ergeben, da alle Ausländer, auch Angehörige der Besatzungstruppen, ausländische Studenten usw. in den Prozentzahlen mitgeführt werden.
- 72) vgl. Bingemer u.a., S. 164.
- 73) a.a.O., S. 165.
- 74) a.a.O., S. 168.
- 75) vgl. U. Mehrländer: Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der BRD unter spezieller Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen, Köln 1966, S. 21-23.
- 76) vgl. Bingemer u.a., S. 92. So stellte beispielsweise der Leiter der Anwerbekommission in Spanien bei den angeworbenen Gastarbeitern 14% mit Berufsausbildung fest, der Bingemer-Befragung zufolge gaben 46% dieser Spanier eine Berufsausbildung an. Ähnlich stellen auch

Leudesdorff / Zilleben fest, daß Gastarbeiter sich in der BRD beruflich nicht entsprechend eingestuft und unterbewertet fühlen, vgl. S. 77.

- 77) vgl. Leudesdorff, S. 155; deutsche Arbeitnehmer beantworteten die Frage, wie sie mit Gastarbeitern zurechtkämen: sie kommen gut mit ihnen aus, "weil sie gehorsam sind und auch sein müssen, andernfalls würden sie fliegen".
- 78) vgl. Bingemer S. 113.
- 79) vgl. Leudesdorff, S. 119.
- 80) vgl. Leudesdorff, S. 137.
- 81) vgl. Bingemer u.a., S. 126 ff.
- 82) vgl. dazu auch Leudesdorff, S. 148-161.
- 83) vgl. dazu auch den Spiegel-Report, a.a.O., S. 142.
- 84) Grundsätze zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftl. Zusammenarbeit, Febr. 1971, S. 9a, zitiert nach Argument 68, S. 773.
- 85) vgl. K.-P. Dietzel; "Die Rolle der zurückkehrenden Arbeiter in der Entwicklungsstrategie des westdeutschen Imperialismus, in: Das Argument 68, 1971, S. 777.
- 86) vgl. dazu Dietzel: "Die Tatsache, daß man zunächst diese Gruppe ausländischer Arbeiter ins Auge gefaßt hat, ist nicht als Zufall zu werten. Der deutsche Imperialismus in der Türkei hat eine lange Tradition". In der Türkei hat die BRD, als wichtigster Handelspartner in der Türkei besondere wirtschaftliche Interessen. Der 1964 abgeschlossene Assoziierungsvertrag der Türkei mit der EWG schaffte für westdeutsches Kapital ungeheuer günstige Bedingungen. Westdeutsche private Investitionen erhöhten sich von 46,5 Millionen 1965 auf 103 Millionen 1970. - "Die Türkei steht an 7. Stelle in der Rangliste der am meisten verschuldeten Entwicklungsländer", S. 776. "Von den bis 30.6.1970 gegebenen Kreditzusagen der Kreditanstalt für Wiederaufbau in einer Gesamthöhe von 543,3 Millionen DM entfallen 418,9 Millionen DM auf die Förderung von Industrieprojekten und 124,4 Millio-

nen DM auf infrastrukturelle Vorhaben. In diesem Zusammenhang ist auch das angelaufene Rückgliederungsprogramm zu beurteilen." a.a.O.

- 87) zu den Einzelheiten des Programms vgl. Argument 68, S. 777-778.
- 88) vgl. Argument 68, S. 779 ff.
- 89) vgl. Barth, Hans-Rudolph: Die künftige Stammanschaft im ausländischen Zweigwerk. in: Blick in die Wirtschaft vom 29.10.1970; zitiert nach Argument 68, S. 780.
- 90) vgl. im Zusammenhang damit oben Kapitel 1.2, S. 149
- 91) Als Literaturgrundlage zum folgenden vgl. D. Diamant: Ausländische Arbeiterkinder in der BRD. in: Klee 1972, S. 58-104; R. Koch: Gastarbeiterkinder in deutschen Schulen. Königswinter 1970, Wolfgang Glatzer: Bildungsnachfrage und Bildungsdefizit der Kinder ausländischer Arbeitnehmer, in: Leudesdorff/Zilleßen, S. 61-69; AV-Information, hrsg. vom Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, München 1972.
- 92) Zitiert nach Klee 72, S. 70. Nach jüngsten Berichten zur Situation der Gastarbeiter in der BRD wird von der BRD als de facto-Einwanderungsland gesprochen, das sie gegen ihren Willen geworden sei. Vgl. TV-Sendung vom 14.3.73. Auch von offizieller Seite wurden in jüngster Zeit vereinzelte Stimmen laut, die für die volle Integration der Gastarbeiter in der BRD plädieren, z.B. R. Arndt, OB Frankfurt, H.D. Genscher, Bundesminister, vgl. a.a.O.
- 93) vgl. Klee, S. 58.
- 94) vgl. oben S. 167.
- 95) Der TV-Sendung vom 14.3.73 zufolge sind in vielen Grundschulklassen 50% Ausländer, was sowohl für deutsche und ausländische Kinder, wie für die Lehrkräfte zu erheblichen Schwierigkeiten führt.
- 96) Zu den Bestimmungen der einzelnen Bundesländer über Vorbereitungsklassen und Mutterspracheunterricht der Gastarbeiterkinder vgl. AV-Information, S. 18-21.

- 97) vgl. Leudesdorff u.a., S. 64-66.
- 98) vgl. Klee 72,, S. 99, Leudesdorff u.a., S. 66
- 99) Für deutsche Schüler liegt die Quote derer, die den Volksschulabschluß nicht erreichen bei etwa 10%, vgl. Leudesdorff u.a., S. 66.
- 100) a.a.O., vgl. auch Koch in: AV-Information, S. 9.
- 101) vgl. Ambasciata d'Italia - Bonn, L'assistenza scolastica italiani nella Repubblica Federale di Germania nel 1971, S. 22.
- 102) a.a.O., S. 19.
- 103) Ambasciata d'Italia - Bonn, 1972. Die italienische Botschaft beantwortete als einzige der von mir angeschriebenen Botschaften der Anwerbeländer meine Anfrage nach Schul- und Sprachunterricht für Gastarbeiterkinder und Erwachsene. Sie ist auch die einzige Regierungsstelle der Anwerbeländer, die einen Bericht zur Schulsituation der Gastarbeiterkinder in der BRD veröffentlicht. Als Literaturgrundlage für die Schulpolitik der übrigen Anwerbeländer stand mir nur D. Diamants Artikel, S. 71-75 zur Verfügung.
- 104) a.a.O., S. 30.
- 105) a.a.O., S. 36, S. 22.
- 106) vgl. D. Diamant, S. 73.
- 107) vgl. Artikel im Mannheimer Morgen, Nr. 6, vom 9.1.73, S. 7.
- 108) Diamant, S. 74.
- 109) Diamant, S. 74
- 110) Zu den einzelnen Werbemaßnahmen der spanischen Regierung vgl. Diamant, S. 75.
- 111) vgl. Reinhold Lehmann: Kinder, die schon Geld verdienen... in: Das Parlament Nr. 34/35, 21.8.71, S. 18. So suchen z.B. Eltern aus Süditalien häufig einen "Schwarz"-Arbeitsplatz für ihre Kinder; in Italien wird die Zahl der schwarzarbeitenden Schulkinder auf eine halbe Million geschätzt.

- 112) vgl. oben, Kap. 2.1
- 113) vgl. R. Koch in: AV-Information, S. 28-31. D. Diamant S. 92-93, TV-Sendung vom 14.3.73, Leudesdorff, S.61-66.
- 114) vgl. Diamant, S. 94.
- 115) vgl. Ambasciata d'Italia, Bonn 1971, S. 39.
- 116) vgl. Beitrittserklärung in: Hg GEW, Bezirksverband Frankfurt, "Frankfurter Lehrerblatt" Nr. 11/12, 1971, S. 2.
- 117) vgl. R. Koch, AV-Inf., S. 31.
- 118) vgl. AV-Inf., S. 22-24,
- 119) vgl. TV-Sendung 9.6.72, AV-Inf., S. 9.
- 120) vgl. R. Koch: Gastarbeiterkinder in deutschen Schulen, Königswinter 1970, S. 109.
- 121) vgl. Leudesdorff u.a., S. 67; Artikel des Mannheimer Morgen: Gastarbeiterkinder müssen doppelt lernen, 19.1.73, Nr. 15, S. 9.
- 122) Mit Ausnahme der italienischen Kinder, vgl. S. 177.
- 123) vgl. Diamant, S. 100; TV-Sendung vom 14.3.73. In Baden-Württemberg ist heute jedes fünfte Baby ein Ausländerkind, 1978 wird hier jeder 5. Schulanfänger Ausländer sein. Mannheimer Morgen vom 2.2.73, Nr. 27, S. 6.
- 124) vgl. dazu weiter unten, S. 187.
- 125) Auf der Tagung "Bildungschancen der Gastarbeiter", Theodor-Heuss-Akademie, Gummersbach, 20-25.4.73 und dem Symposium "Deutsch für ausländische Arbeitnehmer und deren Kinder, Internationales Haus Sonneberg, 19.-23.4.72, zitiert nach AV-Inf. S. 22-26.
- 126) Nachfolgende Aufzählung ist keineswegs vollständig.
- 127) Zitiert nach D. Diamant, S. 82.
- 128) Zitiert nach AV-Inf., S. 31-32
- 129) Die Informationen beruhen auf einem Brief des Leiters der Stelle, Dr. Brandt, vom 14.8.72 und vom 20.11.72.

- 130) Trotz mehrmaliger Anfragen konnte ich von der Universität Frankfurt keine Auskunft über Einzelheiten des Forschungsvorhabens erhalten. Meine einzige Quelle blieb der Artikel der FAZ vom 31. Juli 1972, Nr. 174.
- 131) Zitiert nach FAZ, Nr. 174, S. 18.
- 132) a.a.O.
- 133) vgl. Friedrich Winterscheidt: "Deutsch am Arbeitsplatz", in: *Z i e l s p r a c h e D e u t s c h*, Heft 1, 1972, S. 13-21, S. 13.
- 134) a.a.O., S. 14.
- 135) a.a.O., S. 18.
- 136) So "abnorm" ist der Vorrang des Imperativs in bestimmten Sprechsituationen keineswegs. Jüngere Autoren, so z.B. O. Kästle vertreten die These, daß der Befehl in weitestem Sinne als typischer kommunikativer Akt in der modernen Klassengesellschaft anzusehen ist. Vgl. O. Kästle: "Sprache und Herrschaft" in: D. Wunderlich (Hrsg.), *L i n g u i s t i s c h e P r a g m a t i k*, Berlin 1972, S. 127-143.
- 137) vgl. Winterscheidt, Deutsch am Arbeitsplatz, S. 14.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

1. Bingemer/Mustermann-Seeger/Neubert: L e b e n
a l s G a s t a r b e i t e r. Geglückte und miß-
glückte Integration. Opladen 1972².
2. Becker/Dörr/Tjaden: Fremdarbeiterbeschäftigung im
deutschen Kapitalismus, in: D a s A r g u m e n t
68, 13. Jhg., Heft 9/10, Dez. 1971, S. 741-56.
3. Dietzel, K.-P.: Die Rolle der rückkehrenden Arbeiter
in der Entwicklungsstrategie des westdeutschen Impe-
rialismus in: D a s A r g u m e n t 68, 13. Jhg.,
Heft 9/10, Dez. 1971, S. 764-81.
4. Diamant, D.: Ausländische Arbeiterkinder in der deut-
schen Schule, in: Gastarbeiter. Analysen und Berichte.
(Hrsg.) E. Klee, Frankfurt 1972.
5. Franz, F.: Die Rechtsstellung der ausländischen Ar-
beitnehmer in der BRD in: Klee 1972.
6. Fietkau, W.: Sogenannte Gastarbeiter. Report und Kri-
tik, Wuppertal 1972
7. Klee, E. (Hrsg.): Gastarbeiter. Analysen und Berichte.
Frankfurt 1972.
8. Koch, R.: Gastarbeiterkinder in deutschen Schulen.
Königswinter 1970.
9. Leudesdorff/Zilleßen (Hrsg.): Gastarbeiter = Mitbürger.
Gelnhausen 1971.
10. Müller, H.: Gutachten zur Schul- und Berufsausbildung
der Gastarbeiterkinder. Hrsg. vom Verband Bildung und
Erziehung, Bochum 1971
11. Mehrländer, U.: Beschäftigung ausländischer Arbeit-
nehmer in der BRD unter spezieller Berücksichtigung
von Nordrhein-Westfalen, Köln, 1969.
12. Nikolinakos, M.: Zur Frage der Auswanderungseffekte in
den Emigrationsländern: D a s A r g u m e n t 68,
13. Jhg., Heft 9/10, Dez. 1971, S. 782-99.
13. Schönbach, P.: Sprache und Attitüden. Stuttgart 1970.

Nachwort der Herausgebers:

Eine gezielte Weiterarbeit an dem in der zweiten Hälfte der vorstehenden Abhandlung angeschlagenen Thema könnte ausgehen von einer Art Raster-system, das etwa die folgenden acht Gesichtspunkte zu berücksichtigen hätte:

1. Die bisherige Aufenthaltsdauer der Gastarbeiter (GA) in der Bundesrepublik (BRD) beträgt
 - a) bis zu 3 Jahren,
 - b) über 3 Jahre
2. Nach ihrer Stellung in Familien- und Erwerbsleben gliedern sich die GA in
 - a) erwachsene Erwerbstätige, untergliedert in solche
 - I. mit Frau und/oder Kindern in der BRD,
 - II. mit Frau und/oder Kindern in der alten Heimat,
 - III. alleinstehend,
 - b) Kinder,
 - c) erwachsene Nichterwerbstätige, vor allem Hausfrauen.
3. Zielvorstellungen der betreffenden GA; sie
 - a) möchten später zurückkehren,
 - b) möchten für immer bleiben.
4. Zielvorstellungen der Arbeitgeber und/oder der deutschen Behörden; die GA
 - a) sollen später zurückkehren,
 - b) sollen bleiben.
5. Schulbildung; die GA sind
 - a) Analphabeten
 - b) Nichtanalphabeten.
6. Arbeitskameraden im Betrieb; sie sind
 - a) weit überwiegend gleichsprachige GA,
 - b) weit überwiegend anderssprachige GA,
 - c) weit überwiegend Deutsche,
 - d) gemengt aus a+b, b+c, oder a+b+c

7. Unterrichtseinrichtungen für GA und deren Kinder; sie werden unterrichtet
 - a) auf deutsch,
 - b) in der Heimatsprache,
 - c) mittels beider Sprachen,wobei zu trennen ist zwischen Einrichtungen für
 - I. Kinder im schulpflichtigen Alter,
 - II. Erwachsene.
8. Muttersprache der GA; sie ist
 - a) die Staatssprache ihres Heimatlandes,
 - b) eine Minderheitensprache (z.B. bei Albanern aus Jugoslawien oder bei Kurden aus der Türkei).

Die Bedeutung der zuletzt vorgelegten Frage nach der Muttersprache wird dadurch beleuchtet, daß man 1972 unter den jugoslawischen Gastarbeitern in Dänemark 22.000 sog. Kossovaren, also Angehörige der dortigen albanischen Volksgruppe ermittelte.

Da das Gastarbeiterproblem in der Bundesrepublik so sehr jungen Datums ist, könnte die Untersuchung der Bedeutung, welche es für das deutsche Sprachgebiet hat, gewinnen durch parallele Untersuchungen über die Gastarbeiter in Luxemburg und der deutschen Schweiz, wo man über wesentlich ältere Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügt.

H.K.